

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Das unheilvolle Problem

F.K. Je näher der Tag des Zusammentritts der Lausanner Reparationskonferenz heranrückt, desto mehr verdunsten die auf sie gesetzten Hoffnungen. Und wenn behauptet werden sollte, daß sie schon erledigt sei, noch ehe sie zusammenkommt, so dürfte es noch seine Schwierigkeiten haben, das zu widerlegen. Die Zusammenkunft von Lausanne ist jetzt, vier Tage vor ihrem geplanten Beginn, noch völlig ungewiß. Die französische Regierung möchte sie überhaupt nicht haben, die englische ist für Vertagung und die amerikanische erklärt sich für — uninteressiert. Das wenigstens scheint zur Stunde der Sinn der aus Paris, London und Washington kommenden amtlichen Verlautbarungen. Während die hohen Obrigkeiten noch lustig Noten über die Ratsamkeit der Konferenz austauschen, wird in der internationalen Presse der Streit um die Reparationen immer heftiger. Und die nationalistische Presse aller Länder erblickt in dieser heiklen Streitfrage, die nur durch kühle wirtschaftliche und politische Vernunft zu regeln ist, eine äußerst probate Gelegenheit, den Samen der Zwietracht zwischen den Völkern zu säen. Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß das schier heillose Problem noch heillos geworden ist.

Die Stellung der deutschen Regierung zu dem äußerst schwierigen Problem hat der Reichskanzler Dr. Brüning in unproblematischer Bündigkeit festgelegt: Deutschland kann keine Reparationen mehr zahlen! An der Richtigkeit dieser Behauptung ist nicht zu zweifeln. Obgleich Deutschland seit dem Hoover-Moratorium von den Reparationszahlungen entlastet war, sind die deutschen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Zustände immer kritischer geworden. Die Wiederaufnahme der Zahlungen müßte die Zustände verschlimmern bis zur völligen Katastrophe. Damit wäre niemandem gedient, auch den Gläubigermächten nicht. So berechtigt demnach dem einfachen Menschenverstand die Erklärung des Reichskanzlers scheinen mag, dem kühlen politischen Verstand will es scheinen, daß die Erklärung mehr gewesen wäre, wenn sie weniger bündig gewesen wäre. Es ist für das Haupt einer Regierung immer bedenklich, sich für den politischen Schachtisch auf einen Zug festzulegen, zumal wenn sich die Züge der anderen Partner nicht übersehen lassen und wenn um einen für alle Beteiligten so wichtigen Einsatz gespielt wird. Mißlingt, wie in einem solchen Falle wahrscheinlich, der eine Zug, so muß man dem Spielfisch den Rücken kehren oder man kann auch weiter verbleiben, um mit kleineren Zügen sein Heil zu versuchen. In jedem Falle aber gewinnt das Ansehen nicht. Und auf jeden Fall haben die Nationalisten hüben und drüben einen frischen Knochen zum Nähren ihrer Demagogie bekommen.

Damit ist freilich nichts gegen die Berechtigung des Verlangens Deutschlands gesagt, daß die Reparationsschuld ins Meer zu versenken sei. Dies ist ein ebenso sittliches wie wirtschaftliches Gebot, das hundertmal begründet und von keinem vernünftigen Menschen zu widerlegen ist. Die Reparationen waren von allem Anfang an ein heller Wahnwitz. Im Laufe der Zeit sind sie es noch mehr geworden. In Versailles wie später bei dem Dawes- und Youngplan nahm man einen wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands an. Diese Annahme hat sich als falsch erwiesen. Mit Deutschland ist die ganze Welt in eine beispiellose wirtschaftliche Not geraten. Die Warenpreise sind erheblich gesunken, ein wildes Rennen um Absatzmöglichkeiten hat allerwärts eingesetzt, gleichzeitig sind fast überall die Zollschranken immer höher gemacht worden. Nun sind aber die Reparationen schließlich nur in Waren zu zahlen. Je mehr deren Preise sinken, desto größer müssen die Warenberge sein, die Deutschland ins Ausland schaffen muß. Je höher die Zollschranken der fremden Länder sind, desto billiger muß Deutschland die Gegenwerte der Reparationen, seine Erzeugnisse, auf dem Weltmarkt anbieten, um über die Zollschranken hinwegzukommen. Folglich müßte Deutschland künftig nicht mehr 1600 Millionen Mark im Jahr entrichten, sondern 30, 50 100 vH mehr. Und wem zum Nutzen? Durch die immer größeren und immer billigeren Lieferungen werden jenseits der deutschen Grenzen Gewerbe ruiniert, Betriebe stillgesetzt und Arbeiter in Masse erwerbslos gemacht. Die deutsche Arbeiterschaft wird immer ärger an Lohn und Brot geschunden, um die Reparationswaren hervorzubringen, und die ausländische Arbeiterschaft wird immer mehr an Lohn und Brot geschunden, um die Reparationswaren bei sich unterzubringen. So ist denn ein gut Teil der

weltweiten Wirtschaftsnot auf den Wahnwitz der Reparationen zurückzuführen.

Aber nicht nur vom wirtschaftlichen, auch vom sittlichen Standpunkt sind die Reparationen zu verurteilen. Wie begründet immer die Schuld oder Mitschuld der einstigen Herrschersippe Deutschlands am Weltkriege sein mag, und wie arg immer die kaiserliche Heeresleitung französische und andere Gebiete verwüstet haben mag, so kann man doch nicht für die wirklichen oder vermeintlichen Sünden jener Herrschersippe und dieser Heeresleitung Menschen büßen lassen, die zur Zeit des Krieges noch gar nicht geboren waren. Über Kinder und Kindeskinde eine lebenslängliche Fron verhängen, weil sie der Zufall der Geburt in Deutschland zur Welt kommen ließ, ist eine sittliche Ungeheuerlichkeit sondergleichen.

Darauf wird man, wie es tatsächlich geschieht, einwenden, daß Deutschland eben die Schäden, die seine Armeen in fremden Ländern angerichtet haben, wieder gutmachen muß. Dagegen wird kein vernünftiger Deutscher etwas haben. Und hat nie einer etwas gehabt gegen eine wirkliche Gutmachung. Aber das ist sicherlich schon geschehen. Daran erinnert auch der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, wieder in einem Aufsatz für den Pressedienst des internationalen Gewerkschaftsbundes. Dort heißt es unter anderem:

Die Reparationskommission bewertete die deutschen Leistungen bis Ende 1922 mit 7,9 Milliarden Goldmark, der bekannte englische Nationalökonom Professor Keynes mit 20 bis 25 Milliarden, die Amerikaner Multon und McGuire mit 25,8 Milliarden, der jüngst verstorbene deutsche Nationalökonom Professor Brentano mit 41,5 Milliarden... Von Ende 1922 bis zum Dawesplan betrugen die deutschen Reparationszahlungen nach der Berechnung der

Reparationskommission 2,5 Milliarden, vom Dawesplan (1924) bis zum Hoover-Festjahr (1931) 14,6 Milliarden Mark. Das ergibt zusammen seit dem Vertrag von Versailles die Summe von 25 Milliarden oder nach der höheren Schätzung von rund 58 Milliarden... Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind, sagt Leipart weiter, unseres Erachtens durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Rechte auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen.

Die Meinung, daß Deutschland der Wiedergutmachung durch seine bisherigen Zahlungen Genüge getan hat, wird von namhaften ausländischen Fachleuten vertreten. Demgegenüber verweisen die hier ausschlaggebenden Mächte auf den Versailler Schein oder nehmen zu allerhand Vorwänden Ausflucht. In jedem Lande hat das Reparationsproblem ein anderes Gesicht, und in jedem Lande werden andere Gründe gegen seine Lösung ins Feld geführt. Man tut gut, die Regierungen wegen der Verzögerung oder Zurückweisung der Lösung nicht allein verantwortlich zu machen. Jede ist doch nur das Mundstück der Schicht ihres Landes, die von dem Kriege profitierte und nun noch von den Reparationen möglichst lange profitieren will. Gegen diese Schicht, die die Regierung bewegt und den Apparat der Stimmungsmache beherrscht, kämpfen die Einsichtigen noch vergebens.

Dann finden dieses Jahr in Frankreich wie in Nordamerika die politischen Wahlen statt. Dies läßt es den Regierungen geraten erscheinen, sich nicht noch mehr Unannehmlichkeiten mit der heiklen Reparationsfrage zu machen. Jedenfalls sind sie nicht geneigt, sich jetzt mit ihrer Lösung ernstlich zu befassen.

Es fehlt den ausschlaggebenden Mächten offenbar das Bewußtsein, daß es sich hier um eine Sache handelt, deren endgültige Regelung unaufschiebbar ist. Sie scheinen noch nicht zu ahnen, daß es sich hier für sie um viel mehr als um ein Geldgeschäft handelt. Viel mehr steht auf dem Spiel. Die wirtschaftlichen und politischen Dinge dürften bald soweit gediehen sein, daß sich das unheilvolle Problem der Reparationen sozusagen von selbst löst.

## Die Wirtschaftswurst des Langnamvereins

Vor einiger Zeit gab der Langnamverein ein illustriertes Flugblatt heraus, in dem den hohen Löhnen die Schuld an der Einschrumpfung der Wirtschaft zugeschrieben wird. In der Illustration wird der Arbeiterschaft an einer auf einem Tisch liegenden Riesenschwurst gezeigt, daß, wenn einige ein zu großes Stück haben wollen, für einen Teil nichts übrig bleibt. Die, die nichts abbekommen, stellen die Arbeitslosen dar.

Der Langnamverein arbeitet nach dem schönen Spruch: Es ist nichts zu dumm — es findet doch sein Publikum. Wenn er statt der Arbeiter, die an dem Tisch mit der Wurst sitzen, die Herrschaften Lahusen und Katzenellenbogen und die Favag-Direktoren hingesetzt hätte, dann könnte die Sache einigermassen stimmen. Schade, daß sich noch keiner daran gemacht hat, einmal die Zahl der Generaldirektoren, Direktoren, Prokuristen und sonstigen leitenden Personen nebst Bezügen von früher und jetzt miteinander in Parallele zu stellen. Dann würden wahrscheinlich manchem die Augen aufgehen. Er würde dann sehr schnell herausfinden, wer sich von der Wirtschaftswurst bisher das größte Stück abgeschnitten hat. Für heute nur ein kleines Beispiel dafür:

Einem Werk der Grobkeramik steht ein Mann vor, der heute vom Staat 9800 M Pension bezieht und als Leiter des Werkes 42500 M Gehalt hat. Dieses Werk zählte in der Friedenszeit 675 bis 700 Beschäftigte. Bei dieser Belegschaftsstärke waren 1 Direktor und 2 Prokuristen vorhanden.

Heute sind in diesem Werk nur 180 bis 200 Beschäftigte, trotzdem aber 3 Direktoren und 9 Prokuristen. Der Direktor bekam in der Vorkriegszeit ein Gehalt von 8000 M; heute bezieht er, wie schon erwähnt, 42500 M neben seiner staatlichen Pension von 9800 M. Was seine beiden Mitkollegen und die Prokuristen beziehen, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls bekommen diese ein Vielfaches dessen, was in der Vorkriegszeit für ihre Posten ausgegeben wurde oder ausgegeben worden wäre, wenn sie besetzt gewesen wären.

Das ist nur ein Beispiel für tausende. Auch dort, wo die Beschäftigtenzahl auf einen Bruchteil der Belegschaft der Vorkriegszeit herabgesunken ist, sind heute meist um 200 bis 400 vH mehr führende Angestellte vorhanden, die alle von der Wurst des Langnamvereins sich die größten Stücke abschneiden. Die deutsche Wirtschaft krankt an ganz anderen Dingen als an zu hohen Arbeiterlöhnen.

## Geistige Pleite

### Oder: Wer trägt die Schuld an der vierten Notverordnung

Der Geisteszustand der herrschenden Klassen in Deutschland ist hoffnungslos. Die Kräfte, die das deutsche Volk ins Elend führten, versuchen mit allen Mitteln dem gequälten Volke einzureden, daß sie an diesem grenzenlosen Elend nicht die geringste Schuld tragen. Der Satz, daß nicht der Mörder Kapitalismus, sondern seine Opfer, das Proletariat und seine Organisationen, schuld seien, wird, je tiefer wir ins Elend kommen, zum obersten Leitsatz der kapitalistischen Presse. Dadurch wird zwar die Lage des arbeitenden Volkes nicht besser, aber es weiß nun endlich, warum sein Zustand so erbärmlich ist. Nur glauben wir, daß dieser Humbug nur die Lachmuskeln bewegen wird.

Der „Arbeitgeber“, das Blatt der Arbeitgeberverbände, versucht in seiner ersten Nummer dieses Jahres die Gewerkschaften für die letzte Notverordnung verantwortlich zu machen. Den äußeren Anlaß für diese sehr kühne Behauptung sieht die Schriftleitung in der Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB, in der der Bundesvorstand jede Verantwortung für die Folgen der antisozialen und krisenverschärfenden Verordnungen ablehnt.

Aus der Fülle der demagogischen Behauptungen des „Arbeitgebers“ wollen wir nur einige zum Anlaß einer Erwiderung nehmen:

Da heißt es einfach und schlicht: „Ohne die gewerkschaftliche Politik der letzten Jahre und die von ihr und den ihr nahestehenden Parteien stark beeinflusste Sozial- und Steuerpolitik wäre wahrscheinlich diese Notverordnung mit ihren schlagartigen Abbaumaßnahmen nicht nötig gewesen.“ Und weiter meint das profitgenössische Blatt: „Ohne die kapital-

feindliche Steuerpolitik, die nach dem Kriege in Deutschland an der Tagesordnung war, hätten wir heute mehr eigenes Kapital und geringere Auslandsschulden, wäre der Zinsfuß niedriger... Ohne das Hochtreiben der Löhne, der Steuern und aller öffentlicher Lasten, ohne die Ankerbelug eines Wohlfahrts- und Subventionsstaates und die Politik der kalten Sozialisierung wäre Deutschland ein billiges Land geblieben, hätten sich die deutschen Preise krisenempfindlicher und schneller dem Weltmarkt angepaßt, gäbe es heute kein Preissenkungsproblem und keine Preisabbaupsychose.“

Hier kehren, in einigen Zeilen zusammengepreßt, alle bekannten und schon so oft widerlegten Vorwürfe wieder, welche die Verantwortlichen der deutschen Wirtschaft seit Jahr und Tag gegen die Gewerkschaften erheben. Allen Erfahrungen und allen theoretischen Überlegungen zum Trotz behaupten die kapitalistischen Soldschreiber, daß nur eine Senkung der Gestehungskosten auf dem Wege der Lohnsenkung die deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringen könnte. Das wird behauptet; Beweise schenkt man sich, großzügig wie

### Aus dem Inhalt

Das unheilvolle Problem — Geistige Pleite	Seite 25
Volkszahl und Arbeitslosigkeit — Ihre Klausur ist unstillbar	26
Peter bleibt aus — Das Leben der Marie Szameitat	27
Zum Vorschlag des Vorstandes — Seid abermals gewarnt	
Das Leben zwingt — Vom Vorstand	28
Sturm über Ost-Oberschlesien — Revolte gegen die Bedürftigkeitsprüfung — Die Lebenshaltungskosten	29
Die Arbeitslage in der Metallindustrie im Jahre 1931 — Wer kann die verbilligten Kohlen beziehen — Schriftschau	30

In einer besonderen Beilage dieser Nummer finden die Mitglieder des DMV einen

### Vorschlag in ernster Stunde

vom Vorstandsvorsitzenden, der sich auf die Beitragsfrage bezieht. Die Mitglieder seien ausdrücklich darauf verwiesen.

(Siehe auch die Spitzennotiz auf Seite 28.)

# Volkszählung und Arbeitslosigkeit

man nun einmal ist. Gewiß bedingt eine Lohnsenkung — und vor allem eine soich rücksichtslose Senkung, wie sie im vergangenen Jahre vorgenommen wurde — vielleicht die Wiederherstellung der Rentabilität des einzelnen Betriebes. Aber nur rechnerisch! Wir befürchten jedoch, daß für viele Unternehmungen diese Rentabilität wegen der Schrumpfung des Inlandsmarktes gleichbedeutend mit völliger Pleite ist.

Die Berechtigung zu dieser Befürchtung leiten wir nicht nur aus theoretischen Überlegungen her, sondern aus der Kenntnis von Tatsachen und den Erfahrungen mit der Politik des letzten Jahres. In früheren Krisen, in denen von einer mit den Gesetzen der Wirtschaft angeblich nicht zu vereinbarenden gewerkschaftlichen und staatlichen Lohnpolitik nichts zu spüren war, sanken die Löhne, soweit es nur möglich war. Wir können heute in Ländern, in denen weder gewerkschaftliche oder staatliche Macht das Absinken der Löhne bremsen, ähnliches feststellen. Auch in Deutschland ist der Lohnstand bedeutend gesenkt worden. Und die Wirkung? Senkung oder Vermehrung des Arbeitslosenheeres!

Die Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik soll weiter die Ursache unserer hohen Auslandsverschuldung sein und diese sei wieder die Ursache unserer gegenwärtigen schlechten Lage; sie vor allem bedingt eine Senkung der Gesteuerungskosten durch Reduzierung der Lohnhöhe.

Nun wissen auch wir, daß eine zu hohe Auslandsverschuldung sich lohnpolitisch ungünstig auswirken kann, dann nämlich, wenn durch Zinsendienst und Rückzahlung des geliehenen Geldes bedingt — beides ist in der Hauptsache nur möglich durch eine Steigerung der Warenausfuhr —, ein starker Druck auf das Lohnniveau ausgeübt wird, um auf dem Weltmarkt das Rennen zu gewinnen. Dieser Druck wächst ins Grenzlose, wenn durch Weltmarktkrise und verantwortungslose Kapitalfehlleitungen die Wettbewerbsmöglichkeit und -fähigkeit erschüttert ist.

Welche Ursachen sind denn für die Lage des deutschen Kapitalmarktes und damit auch für die Höhe unserer Auslandsverschuldung entscheidend gewesen? Wir müssen mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß der Krieg und die durch ihn hervorgerufene Finanzpolitik der ehemaligen Gewalthaber, die durch die von ihnen betriebene Ausweitung des Geldvolumens von 5 auf 140 Milliarden, die Ursache der Inflation war, die dann den deutschen Kapitalmarkt zertrümmerte. Der wirtschaftliche Aufbau wäre unmöglich gewesen ohne die Hineinnahme großer Auslandskapitalien. Daß diese Kapitalien, sowohl vom privatwirtschaftlichen als auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, oft ohne jede Planung und Überlegung angelegt wurden, hat den Strom des nach Deutschland geflossenen Auslandskapitals verbreitert. Fragt aber einer, wer die Schuld daran trägt? Den Gewerkschaften diese Schuld in die Schuhe schieben? Dazu würde selbst die Demagogie des „Arbeitgebers“ nicht reichen!

Wir haben die Hoffnung längst zu Grabe getragen, daß die deutsche Unternehmerklasse die positiven Wirkungen der Sozialpolitik anerkennen wird. Wer in den notwendigen Aufbringungen für eine wirkungsvolle Sozialpolitik nur Hemmungen für das Wirtschaftsleben sieht, wer die wirtschaftsfördernden, weil den Konsum steigernden Wirkungen leugnet, der verliert ein Anrecht darauf, daß wir uns mit ihm ernsthaft auseinandersetzen.

Es ist schon so: die geistige Verfassung unserer Unternehmerklasse ist gleichwertig unserem wirtschaftlichen Zustand, für die diese Wirtschaftsführer und das von ihnen verteidigte System verantwortlich sind. Beides kann man mit einem Wort bezeichnen, das zwar nicht schön aber zutreffend ist: Pleite.

## Ihre Klausucht ist unstillbar

Die Reichsregierung ist mit ihren Notverordnungen den Unternehmern sehr weit entgegengekommen. Bestimmten Gruppen der Unternehmer genügt das noch nicht. Am liebsten möchten sie, daß der Arbeiter überhaupt keinen Lohn bekommt. Die unstillbare Klausucht bestimmter Unternehmerkreise erkennt man sehr deutlich, wenn man folgende Stelle im Jahresbericht des Zweckverbandes der Industrie- und Handelskammer des Ruhrgebiets liest:

„Die Herabsetzung der Tariflöhne ist im Interesse der Senkung der Selbstkosten der Wirtschaft an sich zu begrüßen, dagegen muß bezweifelt werden, ob die Verlängerung der Geltungsdauer aller laufenden Tarifverträge bis zum 30. April 1932 notwendig war und verantwortet werden kann. Von der Reichsregierung muß jedenfalls erwartet werden, daß sie sich, wenn sich die zwingende Notwendigkeit dazu ergibt, einer weiteren Senkung der Tariflöhne schon vor dem 30. April 1932, gegebenenfalls durch Abänderung der Notverordnung, nicht versagt. Überhaupt wird eine beweglichere Gestaltung der Tarife, vor allem aber der Zulässigkeit freier Tarifvereinbarungen auch in einzelnen Betrieben, wie sie der Zweckverband mehrfach gefordert hat, ein immer dringenderes Erfordernis.“

Die Herren an der Ruhr glauben also mit einer weiteren Senkung der Tariflöhne rechnen zu können. Am liebsten möchten sie diese noch vor dem 30. April vornehmen. Zum Schluß erheben sie die alte Forderung der Werkstätte. Eine unverbesserliche Scharnacher-Gesellschaft!

## Sender im Dienste des Hochverrats?

Die Nationalisten beklagen sich über den parteiischen Rundfunk, der ein Propagandaapparat des — Marxismus sei. Natürlich eine lächerliche Lüge. Auf der andern Seite treffen sie aber alle Vorkehrungen, um sich in den Besitz von Sendern zu setzen. In der nationalsozialistischen Tageszeitung „Angriff“ war kürzlich über eine Besichtigung der Großfunkstelle in Nauen zu lesen: „Der Rundfunk wird überhaupt der ganze drahtlose Verkehr ist das Nachrichtenmittel der Zukunft und damit der Schlüssel zur Befestigung unserer Macht.“ Uns über die technischen Möglichkeiten klar zu werden, die uns im drahtlosen Verkehr zur Verfügung stehen und die Notwendigkeit, aus dem Kreise unserer Pgs. diejenigen herauszusuchen, die über eine genügende Fachausbildung verfügen, — das war der Sinn unseres Besuches in Nauen.“

Darin ist zu ersehen, welche Bedeutung die Nazis dem Rundfunk beimessen. Sie wünschen sich ein Nachrichtenmittel, mit Hilfe dessen sie ihre Horden schnellstens zu alarmieren und zu bestimmten Punkten zu sammeln vermögen. Es ist erkennlich, daß der Arbeiter-Radio-Dem die Überwachung der „legalen“ Senderfreunde aufgenommen hat. Wir müssen ihn dabei unterstützen.

Der selige Malthus hat vor 130 Jahren gelehrt, daß die Menschen sich zu stark vermehren und deshalb auf die Dauer nicht genug Nahrung auf der Erde finden würden. Später, als die regelmäßigen Krisen auftraten und massenhafte Arbeitslosigkeit herbeiführten, riefen die braven Bürger den Arbeitern zu: Seht ihr, das ist die Folge eurer zügellosen Kinderzeugung; es ist doch klar, wenn die Menschenzahl immer mehr und immer mehr wächst, dann können nicht mehr alle Beschäftigung finden, und daher rührt die Arbeitslosigkeit. Wenige Jahre vor dem Weltkrieg nahm sich ein adeliges Weibsbild in Deutschland heraus, den Arbeitern anzuraten, sie sollten immer eine Bütte kalten Wassers bereithalten, um den Zeugungstrieb zu dämpfen, das sei das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

Wenn diese kindliche Lehre richtig wäre, dann müßten wir jetzt, etwa vom Jahre 1931 an, sehr wenig Arbeitslose haben. Denn in den Jahren des Weltkrieges sind bekanntlich viel weniger Kinder geboren als ehemals. Und die treten jetzt in das Alter von 16, 17 und mehr Jahren, wo sie arbeitsfähig werden. Es müßte also jetzt eher an Arbeitskräften fehlen, da der Nachwuchs so gering ist, und das ist uns auch tatsächlich vorausgesagt worden, als in den Jahren 1925, 1926 usw. die Arbeitslosigkeit über die Millionenzahl hinauswuchs. Damals tröstete man uns, das sei nur ein vorübergehendes Übel; in ein paar Jahren, eben von 1931 an, werde sich die geringe Geburtenzahl der Kriegsjahre geltend machen und dann werde die Arbeitslosigkeit stark abnehmen.

Es ist anders gekommen. In diesen Tagen ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf die grauenhafte Zahl von fast 5,7 Millionen angewachsen, was noch nie dagewesen ist, und jeder erwartet, solange der Winter anhält, ihre weitere Steigerung.

Natürlich beruft man sich auf die inzwischen eingetretene Krise. Aber die liegt doch, wie allseits zugegeben wird, am mangelnden Absatz. Und ohne uns für heute weiter darin zu vertiefen, so dürfte doch auf der Hand liegen, daß eine zunehmende Bevölkerungszahl den Absatz vielleicht vermehren, aber niemals vermindern kann. Man käme also zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß die geringere Geburtenzahl der Kriegsjahre, von der man die Besserung erhoffte, durch Verminderung des Absatzes die Krise hervorgerufen und dadurch die Arbeitslosigkeit vervielfältigt hätte!

In diesem Augenblick nun gibt das Internationale Arbeitsamt zu Genf einen neuen Band über die Probleme der Arbeitslosigkeit heraus, worin Professor H e r s c h

von der Genfer Universität über Untersuchungen berichtet, die er über diese Zusammenhänge angestellt hat. Sie besagen das gerade Gegenteil dessen, was viele Leute sich von der abnehmenden Bevölkerungszahl versprochen haben. „Schon heute“, schreibt Prof. H e r s c h, „kann man in manchen Ländern feststellen, daß der Altersstufe der Kleinkinder weniger Personen angehören, als den Altersstufen der Zeugungsfähigen.“ Folglich, selbst wenn man die Abnahme der Fruchtbarkeit außer acht läßt (die Prof. H e r s c h aus mancherlei Gründen für sicher hält) selbst dann wird es in der kommenden Generation weniger Zeugungsfähige geben als jetzt. Die Abnahme der Bevölkerung scheint demnach gewiß. Ein Idealzustand für alle jene, die von der „Überfüllung“ der Erde die grauslichsten Schrecken erwarten. Haben wir denn nach eine herrliche Zukunft zu erhoffen?

Prof. H e r s c h macht vor allen Dingen darauf aufmerksam, was wir eben schon sagten, nämlich, daß eine kleinere Bevölkerung weniger Waren verbraucht und daß schon dies den wirtschaftlichen Aufschwung hemmen muß. Aber weiter. „Eine höhere Einwohnerzahl begünstigt eine weitergehende Arbeitsteilung; sie gestattet mancherlei Arbeiten, wie Eisenbahnbau, Kanäle, Tunnel usw., die bei geringerer Bevölkerung sich nicht lohnen; sie erleichtert häufig die Serienherstellung. Sie führt somit zur Steigerung der Produktivität und des Arbeitsertrages, zur Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten und zur Erhöhung der Löhne nach ihrem Gebrauchswert, der allein für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft von Bedeutung ist. Eine geringere Einwohnerzahl muß natürlich zu entgegengesetzten Auswirkungen führen.“ Mit anderen Worten: von der Abnahme der Volkszahl haben wir Krise und Arbeitslosigkeit zu erwarten, nur in deren Zunahme liegt Hoffnung auf Besserung.

Es ist schade, daß die ausgezeichneten Ausführungen und Berechnungen nicht mit allen Einzelheiten jedem Arbeiter zugänglich gemacht werden können. Immerhin bleibt Prof. H e r s c h bürgerlich. Deshalb fällt es ihm nicht auf, daß auch zunehmende Bevölkerung die segensreichen Folgen nicht herbeigeführt hat. Die gesteigerte Produktivität, die sie ermöglicht, hat der Kapitalismus nur dazu benutzt, Arbeitskräfte zu entlassen. Infolgedessen hat die zunehmende Volkszahl den Absatz nicht gesteigert, denn die Arbeitslosen haben zwar Bedürfnisse, aber sie können nichts kaufen. So ist es zur Krise gekommen. Sie liegt also nur an der Art, wie der Kapitalismus produziert. I b y k u s.

## Die Nazis wollen die Betriebe erobern!

Die Führer der Nazis sind mit ihren Erfolgen bei den politischen Wahlen keineswegs zufrieden. Bei diesen Wahlen sind wohl die bürgerlichen Parteien zerrieben worden, aber die „marxistische“ Front, das ist die wirkliche Arbeiterschaft, ist nicht beeinträchtigt worden. Damit ist aber den Geldgebern der Nazis nicht gedient. Sie wollen, sie müssen die Arbeiterschaft verdummen, zerklüften und für den Faschismus gewinnen, andernfalls ist das viele Geld weggeworfen. Denn wenn die Arbeiterschaft nicht für den Faschismus gewonnen oder von ihm zermalmt wird, ist die Beutelage des Unternehmertums gehemmt, kann das Regime des Herrn im eignen Hause nicht errichtet werden, kann der Ausbeuter nicht Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen kurzerhand diktieren. Erst muß die ehrliche Arbeiterschaft zermalmt am Boden liegen, ehe sich der liebliche Traum der Geldgeber des Nationalsozialismus erfüllen kann. Daher der Drang, daher der Zwang der Nazis, die Betriebe zu erobern.

Zu diesem Behufe haben die Nazis eine Betriebszellenorganisation geschaffen, deren Hauptaufgabe es ist, die Betriebe zu Hochburgen des Faschismus zu machen. Seit einem Jahre ist dieses Bestreben im Gange. Ein Erfolg ist nicht zu buchen. Dem soll nun ein Sturm auf die Betriebe nachhelfen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden auch diesem Anschlag der Söldlinge der Ausbeuter ruhig entgegenstehen. Wissen diese Arbeiter doch, daß der Anhang der Nazis beim Fabrikproletariat herzlich gering ist. Als Beweis hierfür kann der Ausfall der letzten Betriebsratswahlen gelten. Bei diesen wurden von 4,6 Millionen Beschäftigten insgesamt 138 418 Betriebsratsmitglieder gewählt, die sich auf die einzelnen Richtungen wie folgt verteilen:

	insgesamt vH	insgesamt vH	Davon in der Metallindustrie
Freie Gewerkschaften	115 671 83,6	20 025 82,4	
Christl. Gewerkschaften	10 956 7,9	1 781 7,3	
H.-D. Gewerksvereine	1 560 1,1	395 1,6	
Kommunisten, RGO	4 664 3,4	1 255 5,2	
Nationalsozialisten	710 0,5	141 0,6	
Sonstige Unorganisierte	4 857 3,5	720 2,9	

Geradezu kläglich haben, wie diese Zahlen zeigen, die Nazis bei den Betriebsratswahlen abgeschnitten. Während auf die freien Gewerkschaften 115 671 oder 83,6 vH der Mandate entfielen, erhielten die „Eroberer der Betriebe“ ganze 710 Sitze oder 0,5 vH.

Ungefähr das gleiche Verhältnis wurde auch, wie die Übersicht zeigt, aus den Betrieben der Metallindustrie gemeldet. Dort stehen den 20 025 freigewerkschaftlichen Betriebsräten, worunter sich 18 920 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befinden, nur 141 faschistische Betriebsratsmitglieder gegenüber. Wie gering übrigens der Einfluß der Nazis in den Betrieben der Metallindustrie ist, geht auch daraus hervor, daß es ihnen überhaupt nur in 147 von 10 190 Betrieben möglich war, eine Liste einzureichen. Und selbst bei den Angestellten gewählten sie recht wenig Ansehen. In dieser Gruppe wurden 95 Nazi oder 2,4 vH als Betriebsratsmitglieder gewählt, während die AFA-Verbände 2168 oder 55,1 vH der Betriebsratsmandate erhielten.

Dieses Gesamtergebnis zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Nazis weit davon entfernt sind, ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen. Trotzdem müssen selbstverständlich die Betriebsfunktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften ein wachsameres Auge haben und gegen etwaige Betriebszellengründungen der Nazi rechtzeitig und gründlich ankämpfen. Wird das ernstlich befolgt, dann müssen die Nazis bald den Traum von der Möglichkeit der Eroberung der Betriebe und Zerschlagung der Gewerkschaften ein für allemal aufgeben und ihre Geldgeber müssen eine Truwerkze zu zünden. B.

## Gedanken eines Rundfunkhörers

Dem Deutschlandsender gebührt Anerkennung dafür daß er jetzt tagtäglichen Zeitfragen weitesten Raum gewährt. Ende Dezember wurde ein Arbeitsloser von Wuppertal nach Berlin transportiert, um über „Die seelischen Nöte eines Erwerbslosen“ zu sprechen. Diese Nöte hatte er bei sich selbst durch — Zucht von Stiefmütterchen behoben. Mit der Schilderung dieser Patentlösung wird, so wollen wir immer noch annehmen, das Problem für die Sendeleitung noch nicht erledigt sein. Am 6. Januar sprach ein Vertreter der höheren Beamten über „Die höheren Beamten nach drei Gehaltsabzügen“. Der Redner war seinem Stande entsprechend nicht ganz so bescheiden und genügsam wie der oben erwähnte Arbeitslose. Er brachte im Gegenteil sehr reale Beispiele und Vorschläge. Der bei den höheren Beamten seit 1 1/2 Jahren erfolgte Gehaltsabzug von 21 bis 23 vH ist gewiß beträchtlich, aber er kann mir, dem Proletarier, dennoch nicht imponieren, denn heute kam meine Schwester heim und klagte, daß sie, die im vorigen Jahre in 48 Stunden 27,36 M verdient hatte, jetzt für 4 Stunden nur noch 19 M erhalte. Ich hatte schnell ausgerechnet, daß dies ein Abzug von 30,5 vH ist. Und wie der höhere Beamte am Radio von Gehaltsabzügen bis zu 260 M monatlich sprach, dachte ich mir, daß dabei noch ein ganz hübsches Sümmchen übrig bliebe, und daß hier eher 50 vH abgezogen werden könnten, als bei einer Näherin 10 vH. Außerdem wären alle Arbeiterfamilien, selbst mit hoher Kinderzahl, froh, wenn sie nur den genannten Abzug der höheren Beamten als regelmäßiges Einkommen hätten. Und wenn der Redner sagte, daß der höhere Beamte, „der seine Lebenshaltung auf das höhere Einkommen eingestellt hat“, gezwungen sei, „bei kulturellen Ausgaben Einsparungen vorzunehmen“, und es eine „volkswirtschaftliche Notwendigkeit“ sei, den höheren Beamten „vor Konjunkturschwankungen zu bewahren“, da sagte ich mir, daß bei dem Arbeiter, und schon gar nicht bei dem Arbeitslosen kulturelle Ausgaben überhaupt ganz unmöglich sind. Aber auch gewerkschaftliche Hinweise muß der Redner betonen, nämlich, „daß durch Gehaltsabzüge nur die volkswirtschaftliche Kaufkraft geschwächt“ wird.

Vor Weihnachten sprach der Herr Reichsinnenminister Gröner über die staatsbürgerliche Verantwortung eines jeden Deutschen. Ich aber meine, wenn eine Regierung an dem Lohn der Arbeiter und der Unterstützung der Arbeitslosen Abzüge vornimmt, bevor der letzte Deutsche auf dieselbe Einkommensstufe gebracht ist, hat sie nicht das Recht, an die staatsbürgerliche Verantwortung der Arbeiter zu appellieren. Aber es ist schon so: Nur wenn das Vaterland Kanonenfutter gebraucht, erinnert sich der Vater Staat daran, daß auch die Arbeiter

## 40-Stundenwoche bei Notstandsarbeiten

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in einer Verfügung die Landesarbeitsämter die Wochenarbeitszeit der Notstandsarbeiter herabgesetzt. Die Arbeitszeit soll bis auf 40 Stunden festgesetzt werden. „sofern die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine zeitliche Streckung der Arbeit, sondern eine Mehreinsetzung von Arbeitskräften zur Folge hat“. — Dies wäre ein kleiner Anfang auf dem Wege zur 40-Stunden-Woche, allerdings nur ein unzureichender Anfang.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat kürzlich in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister die zwingende Notwendigkeit der gesetzlichen Einführung der 40-Stunden-Woche erneut betont. Zugleich war dies ein Protest gegen die Versicherung des Reichsarbeitsministeriums den Unternehmern gegenüber, daß vorläufig keine Verkürzung der Arbeitszeit regierungsgesamtig veranlaßt werden soll. Wer jetzt noch nicht einsieht, daß die 40-Stunden-Woche eine Notwendigkeit ist, der dürfte mit Blindheit geschlagen sein.



# Familie und Heim



## Peter bleibt aus

Nur eine Mutter kann ermessen, was es heißt: „Warten auf sein Kind.“ Vor einer halben Stunde hat man seinen Peter fortgeschickt, um mal eben schnell beim Kaufmann um die Ecke ein Pfund Salz zu holen. Und der Junge will und will nicht wiederkommen. Immer ungeduldiger wird die Mutter und fängt an, sich ernstlich zu sorgen. Dazu braucht man doch sein Salz so notwendig, und der „Bengel“ kommt noch immer nicht. Vom Fenster gehen die Schritte zur Tür, dann zum Herd; vor lauter Nervosität kann man kaum mehr arbeiten, und statt der erhofften Hilfe hat man nur Ärger und Unruhe. Als das Kind aber endlich kommt, pustend vom schnellen Laufen, da empfängt es statt eines Dankes eine Ohrfeige und tüchtige Schelte über sein langes Ausbleiben. Man läßt es gar nicht zu Worte kommen, denn diese „Ausreden kennt man doch“. Die Folge: Peter setzt sich trotzig in eine Ecke, innerlich zu Recht empört über die Ungerechtigkeit dieser Erwachsenen, wenn ihn auch das Zugabebonbon schon ein wenig zu trösten vermag, das er bisher in seinen immer schmierigen Händen gehalten hat.

Ist nicht fast immer so, liebe Mutter? Und woher kommts, daß Peter so lange ausbleibt? Hatte er wirklich seine Pflicht vergessen und auf der Straße gebummelt? Sehen wir uns doch selbst einmal um, wenn wir in einem Geschäft sind. Da steht ja schon irgend so ein kleiner Junge wie unser Peter, die Einkaufstasche am Arme und in der kleinen Faust das Papier mit dem Draufgeschriebenen und dem Gelde. Kaum kann er über den Ladentisch sehen, und vor lauter Schauen verpaßt er noch einen günstigen Augenblick des Drankommens, obwohl ihn die Mutter doch so sehr ermahnt und gebeten hat: „Komm aber gleich wieder!“ Ganz zaghaft und schüchtern meldet er sich endlich. Ein vorwurfsvoller Blick der Erwachsenen läßt ihn verstummen. Die „Großen“ haben es ja alle so eilig, und niemand ist so gerecht zu sagen: „Der Junge war vor mir da und muß drum auch vor mir bedient werden.“ Und endlich ist der Laden leer, und nun kommt auch der Junge zu seinem Salz, beschenkt mit einem Bonbon, weil er so geduldig ausgeharrt hat.

Haben wir schon einmal bedacht, wieviel seelische und gesundheitliche Gefahren dieses „Lauf doch eben mal...“ für unser Kind haben kann? An die Gefahren der Straße wollen wir dabei gar nicht einmal denken; an die soll sich unser Kind ja selbst gewöhnen. Aber man denke nur einmal an den seelischen Zwiespalt, der in einem Kinde entstehen muß, wenn auf der einen Seite die Mutter um ein schnelles Wiederkommen bittet, andererseits aber alle erwachsenen Kunden vom Kinde als selbstverständlich erwarten, daß es geduldig harret, bis alle Großen an der Reihe gewesen sind.

Und nicht nur die Kunden, auch der Kaufmann macht fast stets diese Ungerechtigkeit mit. Gerade die feiner empfindenden Kinder verspüren sehr wohl die ungerechte Behandlung durch die Erwachsenen und verlieren darum nicht selten das Vertrauen zu den Großen. Besonders stark kommt ihnen das noch zum Bewußtsein, wenn sie einen schüchternen Versuch wagen und sich bemerkbar machen, um dem der Mutter gegebenen Versprechen nachzukommen. Wie werden da die Kinder nicht selten recht grob angefahren und dahin belehrt, daß sie „doch Zeit hätten!“ Und schon so ein kleines Menschenkind kann dann nervös werden, besonders wenn es weiß: Nun setzt es zu Hause ganz ungerechterweise Schelte und Schläge. Andere Kinder, die nicht so fein empfinden, werden durch solches Verhalten abgestumpft, gleichgültig, und ihr Selbstgefühl wird ihnen genommen. Nicht selten aber wecken die als beschwichtigende Dreingabe

gegebenen Süßigkeiten, die zudem noch ungesund sind, ein gefährliches Begehren im Kinde. Wenn der Kaufmann schon etwas zugeben will, dann schon lieber Bilder, Löschblätter oder Strohhalme zum Bereiten von Seifenblasen. Ein guter Kaufmann aber wird wissen, daß er, um die Kinder für sich zu gewinnen, vor allem ihr Selbstgefühl nicht beleidigen darf, sondern nur durch gerechte und gütige Behandlung ihr Vertrauen erringt.

Aber, wie am Anfang schon angedeutet: nicht nur für die Kinder allein, sondern auch für die Mutter bedeutet das Warten eine unnötige Belastung und überflüssige Nervenanspannung. Das zeigt am besten die dem Kinde gegebene Ohrfeige, die die Mutter einfach nur gibt, um eine Entspannung für ihr aufreibendes Warten zu finden, abgesehen davon, daß sie vor Unruhe nicht zum Arbeiten kommt und die gequälte Stimmung sich den ganzen Tag über äußert.

An jedem einzelnen von uns „Großen“ liegt es, diesem Übelstand abzuhelfen und hier Wandel zu schaffen. Gewiß, nicht selten ist man wirklich in Eile, und dann kostet es Selbstüberwindung, in einem gefüllten Verkaufsraum ein Kind vorzulassen. Aber reichlich belohnt wird man durch das Gefühl werden: „Du hast dadurch vielleicht einer Mutter Sorge und Ärger erspart und dem Kaufmann wie auch den übrigen Käufern ein gutes Beispiel gegeben, das sicherlich seine Früchte tragen wird.“  
Anni Weber.

## Gitter-Reibeisen

Unter den neuen Geräten, die der Hausfrau als praktische Hilfsmittel stets willkommen sind, nimmt das Gitter-Reibeisen einen besonderen Platz ein. Damit ist ein Küchengerät hergestellt worden, das durch seinen praktischen Wert und den geringen Anschaffungspreis von nur 0,50 M bald weitverbreitete Anwendung finden dürfte.

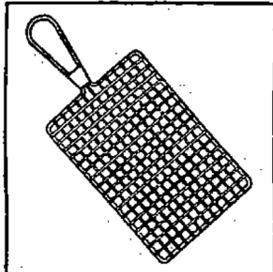
Bei den bisher üblichen Reibeisen, die aus Weißblech bestanden, wurde die Reibfläche durch die aus dem Blech herausgedrückten scharfen Blechkanten gebildet. Der große Nachteil dieser Reibeisen bestand darin, daß fast jedesmal, selbst bei aufmerksamer Tätigkeit, neben dem Reibgut auch die Finger der Hausfrau mit den aufgerissenen Blechenden in Berührung kamen. Daß die Säuberung des Reibeisens nicht ganz ohne Mühe möglich war, daß das Reibgut an der Rückseite sich zu einer dicken Schicht ansammelte, waren Nachteile, die man weniger störend empfand.

Die neue Gitter-Reibe kennt keine Reibzähne. Ein Gitter-Maschennetz aus Vierkantdraht ist an einem kräftigen Rahmen aus Rundstahl, der gleichzeitig den Griff bildet, haltbar befestigt. Die ganze Reibe ist sorgfältig verzinkt und damit gegen jede Rostbildung ausreichend geschützt.

Das wellenförmig gebogene Gitter stellt eine ideale Reibfläche dar, die nicht nur Verletzungen unmöglich macht, sondern auch das Reibgut in eine flockige, lockere Masse verwandelt, die für die herzustellenden Speisen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Von rohen und gekochten Kartoffeln bis zur trockenen Semmel kann man alles, was im Haushalt vorkommt, auf diesem Reibeisen bis zum letzten Stückchen zerreiben. Selbst die Größe der hergestellten Flocken ist variabel, indem durch kreisförmiges Reiben auf dem Gitter besonders feine Flocken, wie sie bei Meerrettich und Zwiebel erwünscht sind, entstehen.

Um ein Durchbeulen der Gitterreibe auf der Rückseite zu verhindern, empfiehlt es sich, das Reibeisen abwechselnd von beiden Seiten zu benutzen. Im übrigen ist aber die solide Ausführung dieses praktischen Gebrauchsgerätes durchaus eine Gewähr für eine den Anschaffungspreis weit übertreffende Haltbarkeit.

Senowitz.



bestandsaufnahme. Schließlich genügt ja der Tatbestand, um ein lohnendes Kapitalverbrechen zu melden. Oh, man ist schon notwendig hier.

Marie erhält ihren Platz in der Stube zugewiesen, so, daß sie immer unter den Augen der Beamten ist. Man telefoniert ins Polizeipräsidium. Marie fällt indessen in bleischweren Schlaf.

Eine schwierige Arbeit, Marie zu wecken, als der Wagen vorfährt, der sie ins Polizeipräsidium bringen soll.

Während der ganzen Fahrt schweigt sie beharrlich und stiert nur auf den schwankenden Boden unter ihren Füßen. Sitzt da auf der Bank und stiert auf den Boden und läßt die Empfindung des Schwankens ganz hinübergleiten in ihre Leere.

Plötzlich ist sie erfüllt mit der kristallklaren Erkenntnis ihres grenzenlosen Enttäuschtseins, das kalt und nüchtern ihr sagt: Du hast die Schlacht verloren, was nützen nun alle Siege, die letzte Schlacht ist verloren, und die ist die Entscheidung, immer nur die letzte entscheidet.

Plötzlich steht das vor Augen: Alles, was war, das große, herrliche Wollen und das böse, schlimme Erfüllen, die kleinen, bescheidenen Freuden und die ganzen erbärmlichen Jämmerlichkeiten ihrer ganzen Vergangenheit, Sehnsucht, Streben, Verrat, Angst, Überwinden, Glauben, Enttäuschung, Verwirklichung, Kleinkampf, Trommelfeuer, Marschieren, Bodenfassen, gewonnene Schlachten, verlorene Schlachten, Sieg, Niederlage und Enttäuschtsein.

Der Boden schwankt unter den Füßen. Kein Stehen mehr. Nur mehr Schwanken und Fall. Fall in die Tiefe. Fall wohin? Das saust in den Ohren, vergewaltigt, kriecht in das Gehirn, verwirrt und lähmt überall: ... damit kommen Sie nicht mit so paar Wochen und Bewährungsfrist weg, darauf gibt es Zuchthaus, paar Jahre Zuchthaus! Fürchtbarste Drohung, die Marie zerquetscht zwischen Mühlsteinen von Worten.

Das ist die Niederlage, die verlorene Schlacht, die letzte verlorene Schlacht. Was soll nun alles? Warum war nun alles? Warum ist nun alles? Warum steht noch die Erde? Warum dreht sie sich noch? Warum reden noch Menschen? Warum predigen noch Kirchen? Warum ist noch Tag und ist noch Nacht, damit es wieder Tag wird? Warum, warum? Leere, Leere! Nichts als Leere und Schweigen. Von nirgendwo eine Antwort. Und nirgendwo ein Begreifen.

Beim Verhör im Polizeipräsidium ist es dasselbe wie im Revier. Unangreifbares, teilnahmsloses Schweigen antwortet auf alle Fragen und auf alle Anwürfe. Marie setzt allem die Leere entgegen. Man gibt auch hier schließlich vorläufig auf, die Personalien und Aussagen protokollieren zu wollen. Den Kommissar stört es wenig. „Die wird schon noch reden, passen Sie auf, die wird schon noch reden. Die wird noch ganz klein. Führen Sie ab. Und veranlassen Sie die ärztliche Untersuchung, eventuell die Überführung in die Charité.“

Marie stockt in der Türöffnung. Die letzten Worte haben in sie hineingefunden, haben ihr irgend etwas gesagt, das sie sonderbar beunruhigt oder erregt.

Verwunderlich — Marie kehrt zurück und will aussagen. Der Kommissar ist erfreut, atmet auf, greift wieder zu Papier und Federhalter: „Na also, warum nicht sofort, das war doch Unsinn, nich wahr, wir kriegen ja doch alles heraus, also nur erzähle mal, zuerst die Personalien, Sie heißen?“

Seltsamer noch: Marie will sprechen, aber nicht zu ihm. Endlich weiß sie ihn wieder, spricht sie ihn aus, den Namen des Kommissars, der damals, als sie wegen Fritz im Präsidium war, ihr Vertrauen gewonnen hat. Dem will sie alles sagen. Dem ja!

Man ist beleidigt, versucht, sie umzustimmen. Hartnäckig schüttelt Marie den Kopf. Schließlich telefoniert man in das Zimmer des Kommissars.

Erstaunt, erst sprachlos, erkennt er Marie, blickt kopfschüttelnd zu den Kollegen, die ihm den Tatbestand zuschieben. Kopfschüttelnd, dann schon Zusammenhänge erkennend und stark erschüttert liest er, schiebt den Bericht wieder zurück und geht langsam zu Marie.

„Wie war denn das möglich? Gab es denn keinen anderen Ausweg, gab es denn nichts...“

Marie schneidet mit hartem, nüchtern verneinenden Kopfrück seinen Satz ab.

Der Kommissar versteht, legt beruhigend seine Hand auf ihre Schulter. „Das ist ja nun passiert, daran ist nichts zu ändern. Sie haben Pech gehabt, leider Pech gehabt. Aber das hilft ja nun alles nichts. Sie müssen mir jetzt alles sagen. Was es auch ist. Und dann wird es vielleicht nur halb so schlimm werden. Sie waren doch sonst immer so eine tapfere Frau, na also, Sie werden eben auch das noch runterschlucken, nicht? Und dann ist alles wieder gut.“

Marie nickt schwerfällig. Mechanisches, müdes Sprechen, gibt sie nun Antwort, rekonstruiert dürftig und nüchtern, doch klar durchschaubar das ganze Gebäude, das nun über ihr eingestürzt ist, gesteht, doch teilnahmslos, als habe irgend eine andere, eine Fremde, das alles getan.

Auf die Frage, wie die Frau heiße, bei der Marie gewesen war, schweigt sie. Kein Zureden vermag das Schweigen zu brechen. So läßt man schließlich diese Frage vorläufig fallen. Was Marie ausgesagt hat, genügt ja.

Bedenklich schüttelt der Kommissar den Kopf. Schwer hebt sich der Mann, dem Marie wie ein offenes, mehr als einmal durchblättertes Buch ist, ein gutes, tapferes, klares Buch, in dem er gern gelesen hat. Er hat sichtlich das Bestreben, Marie Trost und Mut zusprechen zu müssen. Doch er fühlt auch, daß Marie für sein Bestreben kein Empfinden auslösen kann, heute noch nicht, aber vielleicht morgen. Er wird morgen mit ihr sprechen, er wird ihr helfen, er sieht, daß es schlimm steht mit Marie.

„Sie müssen sich zusammennemen. Sie sind doch sonst nicht zusammengeklappt. Sie haben doch sonst sich nicht unterkriegen lassen, das waren doch schließlich auch keine Kleinigkeiten. Also Sie werden in einer Stunde wahrscheinlich vom Arzt untersucht werden. Haben Sie Schmerzen?“

Marie ist wieder ganz in ihrer Teilnahmslosigkeit gefangen und schweigt. Der Kommissar spricht weiter: „Sie werden wohl nachher in die Krankenabteilung kommen. In dem Zustand wird das gut für Sie sein. Also Kopf hoch! Wird schon alles wieder werden. Sie müssen nur klaren Kopf behalten, weiter nichts. Um den Kopf geht's ja nicht. Also, versprechen Sie mir das?“

Er hält ihr seine Hand entgegen. Marie steht da, sieht die Hand nicht. Marie sucht, ihre Lippen bewegen sich, suchen nach Worten, die sich endlich formen, schwer, zögernd gedehnt, aber stark gebunden in sich, laut und beschwörend: ... die Kinder, die Kinder, was wird mit den Kindern, ich wollte Sie bitten, Herr Kommissar, für die Kinder, für meine Kinder — die müssen doch, da muß sich doch einer annehmen, da muß doch einer, die haben doch jetzt niemanden, die können doch nicht so —

Der Kommissar, der verstanden hat, beruhigt sofort: Selbstverständlich, so verspricht er, wird er sofort das Wohlfahrtsamt anrufen und auch selbst heute noch nach den Kindern sehen. Auch will er sofort mit einer Fürsorgerin im Präsidium sprechen, die dann wieder mit Marie sprechen und beraten kann. „Für die Kinder wird schon gesorgt, die werden gut untergebracht, dafür Sorge ich.“

(Schluß folgt.)

## Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XII.

Erster beglückender Gedanke: Es ist vollbracht! Marie horcht lauernd in sich hinein. Kein höllisches Feuer, kein sengendes Bohren und kein kreisendes Schneiden antworten. Nichts mehr davon, nur mehr dumpfer Nachhall, noch schmerzhaft, aber erträglich.

Dann schnelle Überlegung: Viel Zeit verloren! Und eins muß noch getan werden. Jetzt noch das! Dann ist alles getan, alles überstanden. Kurz auch auftauchend der Gedanke an die Kinder, die vielleicht in ihrer Angst nicht eingeschlafen sind und nun bedrückt auf die Mutter warten, vielleicht die ganze Nacht hindurch gewartet haben.

Schwer hebt sich Marie auf. Dumpfer Aufschmerz durchwuchtet. Die Gelenke sind wie eingefroren. Aber Marie befiehlt einem Übermaß von Kräften. Sie gehorchen. Jetzt geht es um letztes.

Sie nimmt das Tuch aus der Manteltasche und hüllt es um das tote Nichts zu einem böse Sekundenqual auslösenden Päckchen. Die Füße scharren das gerötete Moos auseinander. Jetzt beginnt Marie mit den Händen den Waldboden aufzugraben. Die Fingerspitzen schmerzen und bluten, von Kiefernadeln durchstochen und von Brennnesseln verbrannt. Zweckloses Unternehmen, so den verwurzelten Boden zu lockern.

Marie denkt nach. Jetzt zieht sie die Schuhe aus und schaufelt schwer keuchend hastig mit den Absätzen, wirft mit überhitzten Handmüscheln die lose Erde zur Seite.

Nach der Folter endloser Viertelstunde scheint es tief genug. Marie nimmt das Päckchen und legt es in die Grube. Hastig schaufeln die Hände die Erde darauf.

Als lähmender Überfall erregter Rufe plötzlich in die Ohren sticht. In die knietende Haltung gebannt, wendet Marie, der Erstarrung nahe, den Oberkörper zurück und erlischt in maßlose Empfindungslosigkeit und grenzenlose Leere, die eiskalt Besitz ergreift.

Zwei blaue Schatten haben sich aus dem Nebel gelockert, der die Krüppelföhrenwand verschleiert, von ihnen kam der

Ruf. Sie schwanken wie wirklicher Spuk verzerrt durch das Grau und werden zu Männern, die jetzt, kleines Gestrüch überspringend, näher heizen und nahe sind und nun blockschwere Hände jählings auf Marias Schultern lasten.

So stehen sie schweigend und glotzen in die Grube, vor der Marie noch aufrecht, verwunderlich in sich hineinhorchend, kniet. Einer rechts und einer links, so stehen sie, und ihre Hände sind schwer, werden immer schwerer, so stehen sie da, verlegene und schweigende Patrouille aus der benachbarten Kolonie, die Marias Schreien gehört und, ein Verbrechen vermutend, die Polizeiwache zu einer Streife alarmiert hatte.

Sie haben stundenlang gesucht und die Schreie eingekreist, kluge, gewitzte, zähe Jäger, die Zeit und Ausdauer haben. Und es hat sich gelohnt! Sie haben gefunden, und ihre Schlaueit hat schon erkannt, schon durchschaut. Sie sind im Bilde. Aber seltsam: nun haben sie Angst vor sich selbst und wissen nicht, was sie tun müssen, und schweigen.

Furchtbare leere Sekunden. Dann sackt plötzlich Marie zusammen unter den Händen, die grauenvoll und erdrückend geworden sind, schnell aber wieder hoch mit fast unnatürlich gegenstimmender Kraft, sieht mit vor Entsetzen unwirklich geweiteten Augen die zwei an, hämmert die Hände mit ir in die Haare verkrahlten Fingern auf den Hinterkopf und schrillt auf, daß die Polizisten geduckt zusammensucken. Und stürzt, wie von übergewaltigem Schlag von hinten getroffen, in sich zusammen, daß die beiden die Fallende nur knapp über dem Boden auffangen können.

Erloschener Vulkan, nur mehr Leere und Schweigen, schwer wie erstarrte Lava, läßt sie sich abführen. Ist nur mehr Willenlosigkeit und Teilnahmslosigkeit, schon beginnende Auflösung der Fähigkeit, zu denken oder zu fühlen. Man bringt sie in das Polizeirevier der Kolonie. Der schnell herbeigerufene Revierkommissar versucht ein Verhör. Vergebliche Bemühung. Marie setzt allen Fragen und allen Beschuldigungen nichts als Leere und ihr teilnahmsloses Schweigen entgegen.

Achselzuckend verzichtet man auf ihre Erklärung zur Tat-



# Verbandsleben



## Zum Vorschlag des Vorstandes

Die fürchterliche Wirtschaftsnot mit ihrer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnkürzungen macht es dem Arbeiter immer schwerer, ja schier unmöglich, seine einfachsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Es ist daher vollkommen verständlich, daß die Mitglieder eine Erleichterung ihrer trostlosen Lage von der Beitragsseite her erwarten. Unser Vorstandsvorstand, von dem Pflichtbewußtsein erfüllt, der Mitgliedschaft jede nur immer mögliche und wirkliche Erleichterung zu verschaffen, hat sich wiederholt und eingehend damit beschäftigt, was das von der Beitragsseite her geschehen kann. Das Ergebnis der Beratungen finden die Mitglieder in einem Vorschlag verdichtet, der ihnen in einer besonderen Beilage dieser Nummer unterbreitet wird.

Wie der Vorschlag zeigt, hat sich der Vorstand nicht, wie es vielfach gewünscht wird, zu einer direkten Herabsetzung der Beiträge auf der ganzen Linie entschließen können, sondern einen andern Weg gewählt, der zweckvoller scheint und dem Verlangen eines Teiles der Mitgliedschaft gerecht wird. Der direkten Herabsetzung der Beiträge stehen etliche gewichtige Bedenken entgegen. Zum ersten warnen davor zahlreiche Mitglieder, weil sie davon die Gefährdung der Kampfkraft des Verbandes und die Beeinträchtigung der durch langjährige Beitragsleistung erworbenen Unterstützungsansprüche befürchten. Diese Mitglieder verlangen ihrerseits, daß ihnen auch fernerhin die Möglichkeit unverkürzt bleibt, die bisherigen Beiträge weiter zu entrichten. Dieser Wunsch, dessen Erfüllung ja den Mitgliedern aller Beitragsklassen zugute kommt, glaubte der Vorstand nicht unberücksichtigt lassen zu dürfen.

Es sollte von keinem Mitglied außer acht gelassen werden, daß die Herabsetzung der Beiträge eine Verminderung der Einnahmen der Verbandskasse und schließlich eine Herabsetzung der Unterstützungsätze im Gefolge hat. Verminderung der Einnahmen bedeutet aber eine Verminderung der Kampfkraft des Verbandes just zu einer Zeit, wo sie am dringlichsten nötig ist. Und Kürzung der Unterstützungsätze bedeutet eine geringere geldliche Hilfe für die Mitglieder just zu der Zeit, wo sie sie am notwendigsten gebrauchen. Diese unliebsamen Folgen haben den Vorstand bestimmt, einen Weg zu suchen, der den Mitgliedern von der Beitragsseite her eine Erleichterung bringt, aber auch den vielen Mitgliedern, die eine solche Erleichterung nicht brauchen oder nicht wünschen, es ermöglicht, den bisherigen Beitrag weiter zu zahlen. Auf diese Weise glaubt der Vorstand, die hier oben angedeuteten Mißlichkeiten, die den Mitgliedern aller Beitragsklassen zum Schaden gereichen würden, zu verhüten.

Diese kurze Erläuterung glaubten wir dem Vorschlage begeben zu müssen, um seine Beurteilung zu erleichtern und die Erörterung nicht auf einen Weg gleiten zu lassen, der schon reichlich erwogen wurde und für nicht vorteilhaft für die Mitgliedschaft befunden worden ist.

Im übrigen spricht der Vorschlag für sich selbst. Die Mitglieder mögen ihn gründlich studieren und ernstlich erörtern. Wer zu dem Vorschlag etwas wirklich Nützliches zu sagen oder Besseres vorzuschlagen weiß, dem steht der Raum der Metallarbeiter-Zeitung zur Verfügung.

## Seid abermals gewarnt

Durch die bittere Erfahrung eines RGO-Funktionärs

In Nr. 1 unserer Metallarbeiter-Zeitung haben wir über das Ende eines RGO-Streiks in Hanau berichtet und am Schluß gesagt:

„Möge der Ausgang dieses gewissenlos angezettelten Streiks für alle Arbeiter eine Lehre sein. Einen Streik in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu führen, erfordert mehr als leere Versprechungen und Bittelsuppen der IAH. Ohne finanzielle Grundlage, damit die Streikenden auch durchhalten können, ist jeder Kampf zum Scheitern verurteilt.“

Diese unsere Auffassung wird uns jetzt aus dem Mund eines RGO-Mannes bestätigt, der an diesem Streik beteiligt war. Wir lassen seinen Brief (mit unwesentlichen Kürzungen) folgen. Diese Warnung eines Opfers der kommunistischen Demagogie vermag kein Kommentar zu verstärken. Das Schreiben lautet:

Zur Aufklärung und Warnung!  
Werte Kollegen!

Daß ich seinerzeit die Wahl zum Betriebsratsmitglied und zum Schriftführer des Arbeiterrates anahm, geschah nur aus dem Grund, Euch in allen Stücken mit ehrlichem proletarischem Gewissen zu vertreten. Persönlich glaubte ich dies am besten unter dem Kampfprogramm der RGO tätigen zu können. Ihr saht und wißt ja selbst, daß ich mich mit meiner ganzen Person für Euch sowie die RGO einsetzte. Damals glaubte ich noch nicht im entferntesten daran, auf welchem trügerischen Boden ich meine ganze Tätigkeit aufbaute. Durch meine Wahl zum Mitglied der Unterbezirksleitung der RGO in Hanau wurde ich infam mit allen Geschäftsführungen usw., wodurch ich mit der Zeit zu der Auffassung kam, daß nicht alles so ist, wie es den Arbeitern in den Versammlungen immer ins beste Licht gerückt wurde. Jedoch glaubte ich immer nicht, daß alles Lug und Trug sei, ja ich wollte nicht glauben, daß man mit diesen Methoden mit den besten und ehrlichsten Gefühlen eines Klassenbewußten Proleten in unverantwortlicher Weise spielte und die Proleten dadurch zu Handlungsweisen verleitet und mißbraucht...

Richtig und unzweifelhaft wurden mir erst die Augen geöffnet bei unserem Streik. Es ist wohl bei keiner Aktion, wie bei dieser so viel geschwindelt worden. Nicht allein, daß man die betreffenden Belegschaften organisatorisch aufs genaueste belog, ließ man sie auch im Grunde genommen völlig im unklaren über die Unterstützungsaktion, trotzdem man ihnen versicherte, sie würden voll und reichlich unterstützt. Wie es in Wirklichkeit aussah, war ein Beispiel an meiner Wenigkeit. Seit Beginn des Streiks (am 26. November v. J.) bis zum heutigen Tage habe ich an Unterstützung von der RGO ganze 18 Mark bekommen, ja ich war gezwungen, nur um einige Pfennige in

die Hand zu bekommen, mit einer Sammelliste mit den Kollegen O. J. und F. O. betteln zu gehen... Trotzdem man vorher immer betonte, daß die Streikenden sowie Gemaßregelten reichlich unterstützt werden, verwies man sie an das Wohlfahrtsamt, ein Standpunkt, den sich der bornierteste Inflationsschieber nicht zu eigen gemacht hat.

Am schlimmsten wirkt sich ja diese verantwortungslose Politik der RGO an den gemaßregelten Kollegen aus. Bekommen dieselben am Arbeitsamt so schon acht Wochen nicht gestempelt (bis 4. Februar 1932), so bekommen sie auf dem Wohlfahrtsamt noch nicht einmal ihren vollen Satz, sondern mit Frau und zwei Kindern 10 Mark die Woche, während sie 16 Mark zu beanspruchen haben. Hier wäre es vor allen Dingen moralische Pflicht der RGO, helfend einzugreifen. Aber weit gefehlt, man kümmert sich um diese Opfer überhaupt nicht mehr. Ich denke dabei nicht an meine Person, sondern fühle mich heute nach wie vor verantwortlich, in diesem Falle, für auf der Strecke gebliebene Kollegen. Man überläßt diese Opfer ihrem Schicksal, während man in anderen Teilen von Deutschland richtig drauflos lügt von einem großen Siege der RGO in Hanau.

Kollegen, ich warne Euch. Solltet Ihr jemals wieder Gelüste verspüren, den Parolen der RGO Folge zu leisten, so ruft Euch unser Fiasko vor Augen. Ich wünsche, daß jeder Kollege, jeder Arbeiter erkennen möge, daß seine wahren Interessen in den alten Verbänden mit ehrlichem, verantwortungsvollem Fundament nur allein vertreten werden können, nicht aber von einer Organisation, die jeglichem Verantwortungsgefühl entbehrt.

Kollegen, ich sage Euch dies alles von ehrlichen, klassenbewußten Proletarierstandpunkt aus. Haltet Euch in Zukunft an Eure Verbände, sorgt durch hundertprozentige Organisation dafür, daß sie durch ihre Machtposition das werden, die uns zum proletarischen Siege führt. Nur die freien Gewerkschaften sind berufen dazu.

gez.: (Unterschrift)

ehem. Mitglied des Betriebsrates der Vacuum

ehem. Mitglied der Unterbezirksleitung der RGO in Hanau.

## Das Leben zwingt

Eins vergißt F. K. in seinem Leitartikel: „Der Ausweg“ in der Ausgabe der MZ vom 16. Januar, nämlich, daß es selbst dann eine endgültige Unterbindung unserer vielgestaltigen Not nicht geben kann, wenn wir Sozialisten die Macht dazu besäßen.

In der Welt vollzieht sich eine gewaltige Umwandlung. Unerbittlich stampft das Leben weiter und zwingt zu Reformen. Aber alles, was geschieht, ist mehr oder weniger ein Versuch, das Alte zu retten, sei es aus Anhänglichkeit am Alten oder aus Unfähigkeit, die Unerläßlichkeit der Neuerungen zu erfassen. Die Geschichte beweist uns, daß alte Kulturvölker durch starres Festhalten an dem System, dem sie ihren Aufschwung verdankten, auch zugrunde gingen, weil sie die notwendigen Reformen einfach nicht erkannten, oder sie nur lückenhaft durchführten und daher bald von anderen Völkern überflügelt wurden. Das stetig vorwärtsdrängende Leben war eben der Stärkere.

Das eben war die größte und segensreichste Tat des Christentums; daß durch die Verbindung der Völker ein allgemeiner Kulturaufschwung eintrat. Je mehr sich die Völker zusammenschließen, um so mehr schreitet die Kultur vor. Unerbittlich wird des Lebens Notwendigkeiten die Lockerung der künstlichen Grenzen erzwingen. Das Nationale wird durch den natürlichen Drang nach Verbesserungen verdrängt und wird durch Wissenschaft, Industrie, Handel, Verkehr verwischt. An seine Stelle tritt ein kosmopolitischer Idealismus. Es sei hier an die Verdrängung der Gebräuche, der Volkstrachten, an die Ausbreitung der lateinischen Schrift usw. erinnert. Das Leben, die Entwicklung selbst zeigt uns den Weg. Wissenschaft und Technik schreiten fort: Politik und Religion wandeln sich. Das menschliche Leben verlangt eine Lockerung der Grenzen. Jeder Kulturaufstieg wurde durch eine vorausgegangene Einigung veranlaßt. Die Not der Völker ist die beste Vorbedingung für eine gemeinsame Lösung, die nur in einer neuen Arbeitsteilung und -einteilung bestehen kann. Der Stand unserer Technik ermöglicht uns dies. Alle Lösungsversuche innerhalb der nationalen Grenzen (siehe Notverordnung) bedeuten einen Kulturrückschritt. Deutscher sein ist viel, mehr aber ist Mensch sein.

Darum ist alles, was bisher getan wurde, Flickarbeit. Man scheut sich, die letzte Konsequenz zu ziehen; man bewegt sich daher sinnlos im Kreise, anstatt den Weg zu gehen, den das Leben zeigt. Stellen wir uns einmal vor, wenn es eine einheitliche Weltwährung gäbe...

Die nationale Eigenbrötlei ist das größte Hindernis für einen kulturellen Aufstieg. Schon Goethe sagte einmal: „Wenn die Hoffnungen sich verwirklichen, daß die Menschen sich mit allen ihren Kräften, mit Herz und Geist, mit Verstand und Liebe vereinigen und voneinander Kenntnis nehmen, so wird sich er eignen, woran jetzt noch kein Mensch zu denken wagt.“ J. H.

## Kleinsiedler

erhalten Arbeitslosenunterstützung

Auch gegen Unfall und Krankheit versichert

Die 3. Notverordnung vom 6. Oktober 1931 sieht Bestimmungen darüber vor, daß dem Arbeitslosen Kleinsiedlerstellen erschlossen oder Kleingärten bereitgestellt werden sollen. § 18 spricht sich dahin aus, daß die Vergabe von Kleinsiedlerstellen oder Kleingärten davon abhängig gemacht werden soll: Der Bewerber muß persönlich geeignet sein und muß während einer gewissen Mindestzeit an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung der Banlichkeiten mitgearbeitet haben.

Mit Zustimmung des Reichsrats ist jetzt eine Verordnung vom 23. Dezember 1931 erlassen worden, die folgendes vorsieht: Die unentgeltliche Mitarbeit bei der Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlerstellen (Anschließung des Geländes, Herstellung der Gebäude und Gemeinschaftsanlagen) und bei der Einrichtung von Kleingärten begründet kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Sinne der Fursorgeverordnung. Derjenige Arbeitslose oder Kurzarbeiter, der unentgeltlich, weil er für eine Siedlerstelle in Frage kommt, mitarbeitet, erhält die Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützung fort.

Die Gewährung der Krisenunterstützung ist bei Kleinsiedlern, deren Berufsgruppe in der Gemeinde des Ansiedlungsortes zur Krisenfürsorge zugelassen ist, nicht davon abhängig, daß diese Berufsgruppe auch in der Gemeinde des Siedlungsortes zugelassen ist. Dies gilt jedoch nur für die erste Krisenunterstützungsperiode, die ganz oder teilweise in die Zeit nach dem Bezug der Stelle fällt, höchstens aber bis zum Ablauf von drei Jahren nach diesem Zeitpunkt.

Arbeitslose und Kurzarbeiter sind, solange sie unentgeltliche Mitarbeit leisten, nicht verpflichtet, sich beim Arbeitsamt zu melden. Sie sind auch gegen Unfall versichert. Durch den Weiterbezug der Arbeitslosenunterstützung liegt natürlich auch eine Versicherung gegen Krankheit vor.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 31. Januar, ist der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

## Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit \* bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind in allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt.“ ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 62, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

## Verbandsanzeigen

Der Arbeiter Johannes Herrmann, geboren am 26. Dezember 1893 zu Dresden, wird vom DMV, Verwaltungsstelle Dresden, gesucht. Wer den Aufenthalt des Gesuchten kennt, wird gebeten, Mitteilung der Verwaltungsstelle Dresden, Schützenplatz Nr. 16, zukommen zu lassen.

Dahme i. d. M.: Lokalgeschenk an reisende Mitglieder kann nicht mehr gezahlt werden.

Pinneberg, Eisenberg i. Thür.: Lokalgeschenk wird nicht mehr bezahlt.

## Hermann Kube †

Nach mehrwöchentlichem Krankenlager verschied am 17. d. M. der langjährige Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann Kube. Der Tod hat ihn im 67. Lebensjahr kurz vor seiner Pensionierung erreicht. Von einem Schlaganfall, den Hermann Kube im November 1931 erlitten, hat er sich niemals richtig erholt. Kube wurde in Torgau geboren und war von Beruf Zimmerer. In seiner Berufsorganisation, der er seit 1889 als Mitglied angehörte, bekleidete er von 1889 bis 1903 das Amt eines Kassierers der Zahlstelle Berlin. Im Jahre 1903 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Verbandsausschusses betraut, das höchste Ehrenamt, das eine Berufsorganisation zu vergeben hatte. Im Jahre 1902 wurde er vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Seit deren Übersiedlung nach Berlin (1903) versieht er nun das Amt des Bundeskassierers. In der fast 30jährigen Tätigkeit hat er sich zweifellos das Vertrauen der Gewerkschaften erworben.

Die Erfolge des ADGB wären nicht möglich gewesen, wenn neben anderen nicht auch die Kassenverhältnisse in bester Ordnung gehalten worden wären. Kube war nicht nur Kassierer des Bundesvorstandes, sondern auch Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft des ADGB. Er war Mitbegründer der Volksfürsorge, deren Aufsichtsrat er angehörte, er war ferner Aufsichtsratsmitglied der Arbeiterbank, des Verbandes sozialer Baubetriebe, der Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge AG) und der Lindcar-Fahrradwerke. Als Vertreter des ADGB war Hermann Kube Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank. An diesen Nebenposten ersieht man bereits, daß er eine gewichtige Person im Rate der Großen der Gewerkschaften darstellte. Überall erfreute er sich des besten Ansehens. Bis zuletzt hat er seine Pflicht erfüllt. Ein beschauflicher Lebensabend sollte ihm nicht vergönnt sein. Wir werden des alten wackern Freundes noch lange gern gedenken.

## Jubilare feiern

In der Verwaltungsstelle Ingolstadt konnten nach der Dezember-Mitgliederversammlung zwei Verbandsjubilare, die Kollegen Kettner und Kammerer, geehrt werden. Der Vorsitzende, Kollege Lindemeier, hielt eine Ansprache, in der er über die vierzigjährige Verbandsarbeit des Metallarbeiter-Verbandes berichtete und aufforderte, getreu den Verbandsjubilaren den Verband vor Gefahren zu schützen. Was unsere Alten im Kampf aufgebaut, dürfen wir durch die Faschisten nicht zerschlagen lassen. Jeder, der unzufrieden sein sollte die Frage prüfen, wie es heute aussehen würde, wenn es keinen Verband gäbe. Die Jubilare erhielten das ortsbüchliche Geschenk. Kollege Heide, München, hatte telegraphisch die Grüße der Bezirksleitung und des Vorstandes übermittelt. Unsere Jugendabteilung, unter Führung des Jugendleiters Kollege Schreck, sorgte für Musik und Unterhaltung. Die Darbietungen waren gut. Besonders gefiel ein Vortrag des Jugendkollegen Rehm. Auch der Arbeitergesangsverein Volkschor wirkte mit. Die Feier war für alle ein Erlebnis.

Die Verwaltungsstelle Moers hatte ihre Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen, die verbunden war mit der Ehrung eines Jubilars. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden und Erledigung des geschäftlichen Teiles nahm der Geschäftsführer des Bezirks Niederrhein, Kürten, Bocholt, das Wort zur Ehrung des Jubilars. Vor allen Dingen wies er auf die Schwierigkeiten hin, die die alten Kämpfer in der Vorkriegszeit zu überwinden hatten. Trotzdem haben sie dem Verbands die Treue gehalten. Als äußere Anerkennung für die treue Mitgliedschaft überreichte er dann dem Jubilar eine von der Ortsverwaltung gestiftete Jubiläumsmappe und Nadel. Im Namen der Ortsverwaltung sprach der Vorsitzende dem Jubilar und seiner Frau den Dank aus. Dieser wiederum dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung. Der Abend wurde verschönert durch Musikvorträge, Rezitationen und heitere Vorträge. Zum Abschluß der Feier spielte man zum Tanz auf.

# Müssen die Verbandsbeiträge herabgesetzt werden?

## Ein Vorschlag in ernster Stunde!

### Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise haben einen Abbau der Löhne und Gehälter auf der ganzen Linie im Gefolge gehabt.

Es muß daher in jedem Arbeiterhaushalt mit allergrößter Sparsamkeit gewirtschaftet und mit jedem Pfennig gerechnet werden.

Die nach Abzug aller Abgaben verbleibende Lohnsumme — von dem Einkommen der kurzarbeitenden und arbeitslosen Kollegen ganz abgesehen — stellt ungeheure Anforderungen an die Hausfrauen, die mit den paar Mark wirtschaften sollen.

Es ist daher gar nicht verwunderlich, wenn in Kreisen unserer Mitgliedschaft, auch daheim in der Familie, die Frage erörtert wird, ob es nicht an der Zeit wäre, die Verbandsbeiträge herabzusetzen.

Der Abbau ist möglich, nur muß vorher ernstlich geprüft werden, ob die unvermeidlichen Nachteile in einem entsprechenden Verhältnis zu der Ersparnis stehen.

Diese Angelegenheit kann man nicht gefühlsmäßig entscheiden. Es ist nicht nur notwendig, daß jedes Mitglied davon überzeugt sein muß, daß seine sauer ersparten Beitragsroschen in seinem Interesse nutzbringend verwandt werden, sondern es ist auch erforderlich, daß jeder, der über diese Frage spricht und entscheidet, über die Auswirkungen einer eventuellen Beitragssenkung informiert ist.

Bei der Diskussion dieser Frage muß man zunächst beachten, was der Verband für die bezahlten Beiträge geleistet hat.

Von dem Grundbeitrag der I. Klasse sind 30 Pf. als Beitrag für die seit dem Karlsruher Verbandstag eingeführte Invalidenunterstützung bestimmt.

Es verbleiben der Hauptkasse in der I. Klasse 80 Pf., in der II. Klasse 60 Pf., in der III. Klasse 40 Pf.

Von diesen Beträgen wird die Arbeitslosen-, Streik- und Maßregelungs-Unterstützung bezahlt, müssen die Mittel für Reise-, Sterbegeld, Notlagen-, Umzugs-Unterstützung und Rechtsschutz bereitgestellt und alle Kosten für die Verbandszeitschriften, Drucksachen, Beitragsmarken, Statuten und sonstiges Verwaltungsmaterial sowie alle Ausgaben für die Verwaltung, für zentrale Verhandlungen, für Beiträge an den ADGB, die Internationale und anderes mehr bestritten werden.

Von der ungeheuren Leistungsfähigkeit des DMV bekommen wir ein richtiges Bild, wenn berücksichtigt wird, daß im Jahre

1926 durchschnittlich	19,9 vH	der Mitglieder	arbeitslos
1927	8,4	"	"
1928	5,7	"	"
1929	9,5	"	"
1930	21	"	"
1931	33,4	"	"

waren, ohne die fast gleich große Anzahl der Kurzarbeiter. Wenn auch die Ausgaben für Streiks infolge der Auswirkung der Krise zurückgegangen sind, so wurden doch immerhin noch in den letzten sechs Jahren rund 24,4 Millionen RM für Streikunterstützung ausgegeben.

Die Tatsache, daß außerdem für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung

im Jahre 1926	20 831 781 RM
" " 1927	7 701 473 RM
" " 1928	14 250 216 RM
" " 1929	22 140 976 RM
" " 1930	35 732 466 RM
" " 1931	etwa 30 000 000 RM

und 5 104 289 RM für sonstige Unterstützungen zur Auszahlung gelangen konnten, bedeutet ein Ruhmesblatt für die Leistungsfähigkeit des DMV.

In diesen Zahlen kommt aber nicht nur die Leistungsfähigkeit des Verbandes, sondern in erster Linie die Solidarität und Opferwilligkeit der organisierten Metallarbeiter zum Ausdruck, die durch ihre Treue zur Organisation es auch in Krisenzeiten ermöglicht haben, daß ihren unverschuldet in Not geratenen Kollegen in den letzten sechs Jahren allein aus Mitteln der Hauptkasse

**die Summe von über 160 Millionen RM zur Verfügung gestellt werden konnte.**

Im Gegensatz dazu hat der Staat, je größer die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger wurde, die Beiträge für die Erwerbslosen-Unterstützung nicht gekürzt, sondern von 2 vH auf 6 vH des Lohnes erhöht, und mußte trotzdem die Bezugsdauer sowie die wöchentlichen Unterstützungssätze stark kürzen.

Spricht man von einer Kürzung der Verbandsbeiträge, dann muß man sich darüber im klaren sein, daß bei verringerten Einnahmen die Leistungsfähigkeit der Organisation gefährdet wird und die Unterstützungssätze in der bisherigen Höhe nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Das sollten in erster Linie diejenigen Mitglieder bedenken, die bisher noch von der Arbeitslosigkeit verschont blieben, die aber keinen Tag sicher sind, ebenfalls ein Opfer der Krise zu werden.

Wenn wir heute feststellen müssen, daß die Leistungen der staatlichen sozialen Versicherungen ständig abgebaut werden, wird kaum ein Mitglied auf die Invalidenunterstützung des Verbandes verzichten wollen, zumal dabei für ein Minimum an Beitrag eine Höchstleistung an Unterstützung geboten wird.

Es gibt keine Versicherung, die z. B. nach einer Beitragsleistung von 156 RM (bei einem Beitritt vor dem 25. Lebensjahr) bei eintretender Invalidität eine jährliche Rente von 240 RM zahlen kann.

Einmütigkeit besteht darüber, daß die Beitragsleistung für diese Unterstützungsart nicht angetastet werden darf.

Es bleibt nun zu prüfen: Was kann geschehen, wenn ein Mitglied beim besten Willen nicht mehr in der Lage ist, die Verbandsbeiträge für die I. Klasse zu zahlen?

Nach dem Wortlaut des Statuts gilt die II. Beitragsklasse für männliche Mitglieder vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 20. Lebensjahr und für ungelernete Lohnarbeiter (Hilfsarbeiter) nach dem vollendeten 20. Lebensjahr.

In Anbetracht der großen Notlage, in der sich ein Teil der Mitgliedschaft befindet, soll den betreffenden Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, Beiträge der II. Klasse zu leisten, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, auf Grund ihrer heutigen Verdienste die Beiträge der I. Klasse weiterzuzahlen.

Hier ist also, ohne eine Änderung des Statuts, eine Anpassung der Beiträge an das verminderte Einkommen gegeben. Es können dann selbstverständlich für die reduzierte Beitragsleistung auch nur die Unterstützungssätze der II. Klasse in Frage kommen. Die gleiche Regelung kann sinngemäß für die anderen Beitragsklassen geschaffen werden.

Mitglieder, die von dieser Notmaßnahme Gebrauch machen wollen, zahlen dann

statt 130 Pf. Grundbeitrag der I. Kl.	nur 100 Pf.	in der II. Kl.
" 100 Pf.	"	II. Kl. " 70 Pf. " III. Kl.
" 70 Pf.	"	III. Kl. " 55 Pf. " IV. Kl.

In dieser Beitragsleistung sind die Beiträge für die Invalidenunterstützung inbegriffen.

Wenn so verfahren und den vom Lohnabbau besonders hart getroffenen Berufsgruppen die Möglichkeit gegeben wird, Mitglieder einer niederen Klasse zu werden, dann können die übrigen Kollegen, die von den Auswirkungen der Krise noch einigermaßen verschont blieben, nach wie vor ihre Beitragsleistungen für die höhere Klasse aufrecht erhalten. Damit wird ihnen dann auch der erworbene Anspruch auf die höheren Unterstützungssätze für die Zeiten der Not sichergestellt.

Nach eingehender Prüfung aller in Frage kommenden Voraussetzungen glaubt der Vorstand, in dieser außergewöhnlichen Notzeit, in der die Gewerkschaften von allen Seiten bekämpft werden, von einer Änderung unseres bewährten Beitragssystems dringend abraten zu müssen. Der oben gezeigte Weg trägt der Notlage der gering verdienenden Mitglieder Rechnung, ohne die Kampfkraft des Verbandes selbst zu gefährden.

Der Erweiterte Beirat hat gelegentlich seiner letzten Sitzung den Vorstand beauftragt, dieser für die Mitgliedschaft und Organisation gleich wichtigen Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken und zu prüfen, ob eine Beitragsherabsetzung auf der ganzen Linie im Interesse der Mitgliedschaft möglich ist. Dies ist geschehen und empfiehlt der Vorstand zunächst obige Regelung.

Damit soll die Angelegenheit nicht endgültig erledigt sein. Nach wie vor besteht die Möglichkeit, andere Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt dann durch den Erweiterten Beirat.

Wenn alle Mitglieder dem Verband wie bisher die Treue bewahren, wenn alle wie bisher bereit sind, solidarisch für ihre in Not geratenen Kollegen und letzten Endes für sich selbst auch weiterhin Opfer zu bringen, dann wird der DMV nicht nur diese ungeheure Wirtschaftskrise überwinden, sondern bei aufsteigender Konjunktur wieder in der Lage sein, mit der gewohnten Kraft die Interessen der Mitgliedschaft zu vertreten.

Mit kollegialem Gruß

**Der Vorstand**

# Sturm über Ost-Oberschlesien

Gemeinsam mit dem Bergarbeiterverband ist unser polnischer Bruderverband in eine umfassende Abwehr der von den ostoberschlesischen Werksbesitzern immer wieder erneuerten Angriffe gegen Lohn und Arbeitszeit eingetreten. Die Hüttenindustriellen verlangen nicht weniger als 25 vH Lohnabbau, während die Grubenbesitzer sich mit 21 vH „begnügen“ wollen. In massenhaft besuchten Versammlungen beider Berufe wurde der Beschluß gefaßt, den immerwährenden Attacken auf die Lebenshaltung der verelendeten Arbeiterschaft endlich ein energisches Halt zu gebieten, und zwar, wenn es sein muß, durch einen Generalstreik in ganz Oberschlesien. Neben der unverschämten hohen Lohnminderung verlangen die Werksbesitzer eine erhebliche Einschränkung, am besten natürlich die völlige Beseitigung des bezahlten Urlaubs und der Versicherungsleistungen. Sie wollen auf diese Weise den Wirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs begegnen. Dabei ist es klar, daß eine solche irrsinnige Bekämpfung der Krise noch weiter die Krise verschärfen muß, denn Lohnverschlechterungen und Entlassungen mit nachfolgender Mittellosigkeit steigern das jetzt schon herrschende Elend ins Maßlose. Aber die ostoberschlesischen Werksbesitzer sind nicht ganz so schlecht, wie sie der Teufel an die Wand malt. Während die Kapitalisten bei uns in Deutschland keine Freunde des Krumpersystems sind, sind sie es in Polen. Diese Freundschaft mißbrauchen sie dann zu einem höchst profitablen Geschäft. Die turnusmäßig beurlaubten Arbeiter werden nämlich nur dann wieder eingestellt, wenn sie sich bei Wiedereintritt den neuen Bedingungen unterwerfen, indem sie nur noch als Saisonarbeiter mit einjähriger Kündigung gelten. Jeder Arbeiter, der sich dieser behördlich erlaubten Hinterhältigkeit beugt, verliert dadurch jeden Schutz aus den Demobilisationsvorschriften. Als Saisonarbeiter kann er jederzeit entlassen werden, denn der Unternehmer braucht dann nicht erst den Demobilisationskommissar zu fragen, wieviel Arbeiter er auf die Straße ohne Kündigungsfrist setzen darf. Diese für die Arbeiter ganz ordinäre Fälle soll auch dazu dienen, die Lohnschraube außerhalb der Schlichtungskommission immer stärker anzuziehen.

Die menschenfreundliche Einstellung der polnischen Werksbesitzer wird in nicht mißzuverstehender Weise beleuchtet durch eigene Bekenntnisse, die sie nach Rückkehr ihrer nach Rußland entsandten Studienkommission öffentlich ablegten. Ihnen gefällt dort insbesondere der Umstand, daß jedem sowjetrussischen Fabrikdirektor das Recht zusteht, jeden Angestellten oder Arbeiter mit einer bis zu drei Wochen dauernden Haft zu bestrafen, die der Bestrafte nach Arbeitsschluß absitzen muß. Weiter lassen sie den Ingenieur Chorzewski in ihrem Blatte „Die Metallindustrie“ schreiben:

„Daraus, was in Rußland geschieht, müssen wir unsere Lehre ziehen. Es gehen dort wirklich große Dinge vor sich dank einer angestrengten, übermenschlichen und sklavischen Arbeit. Wir wiederholen: dank der Arbeit. Dessen müssen sich deutlich unsere regierenden Schlichter und unsere Arbeiter bewußt werden. In Rußland gibt es keinen Achtstundentag, dort arbeitet man nach dem offenen Eingeständnis der Moskauer „Prawda“ 12 und 14 Stunden täglich unter Terror. Bei uns dagegen darf man unter Androhung des Terrors nicht arbeiten. Im Sowjetstaate gibt es keine Streiks, denn dafür drohen massenhafte Erschießungen. Bei uns dagegen darf man den Streikbrechern straflos die Schädler einschlagen und die Ingenieure vor das Werkstor karren. Dort gibt man nur dem zu essen, der auch arbeitet. Bei uns dagegen werden Scharen von Arbeitslosen gefüttert, ohne dafür von ihnen Arbeit zu verlangen.“

Diese Auslassung einer echten Kapitalistenseele, die brünstig die Zeit der Leibeigenschaft herbeisehnt, läßt deutlich Ziele und Zwecke der Werksherren erkennen. Da sie es aber doch nicht so können wie in Rußland, stecken sie sich hinter die Regierung, die ihnen bei jeder Gelegenheit so weit wie möglich entgegenkommt. Trotz der vielen Feierschichten in Gruben und Hütten hat sie ihnen erlaubt, jährlich 120 Überstunden von jedem Arbeiter zu verlangen. Dem Achtstundengesetz unterliegt Oberschlesien bis heute noch nicht. Das Gesetz soll jetzt dahin geändert werden, daß die Arbeitszeit im Bedarfsfalle gekürzt oder verlängert werden kann.

Die Arbeitslosenunterstützung wurde von 17 auf 13 Wochen befristet. Millionen an Sozialbeiträgen und Steuern sind den Werksbesitzern gestundet oder erlassen worden. Um auf den skandinavischen Kohlenmärkten die englische Kohle, die infolge der Pfundentwertung im Preise gefallen ist, zu verdrängen, zahlt die Regierung den Kohlenmagnaten für jede Tonne ausgeführter Kohle 2,50 Zloty. Diese Prämie müssen die Bergarbeiter bezahlen, denn Grubenbesitzer und Regierungsvertreter haben in einem geheimen Konventikel beschlossen, die Bergarbeiterlöhne ab 1. Januar 1932 um 6 vH zu senken. Also ohne die Bergleute zu befragen, hat man einen ganz gewöhnlichen Lohnraub diktiert. Zu diesen 6 vH verlangen die Kohlenherren noch 15 vH oder zusammen 21 vH. Da ist es kein Wunder, wenn jetzt die Berg- und Metallarbeiter mächtig aufbegehren.

Die Entlassungen haben besonders in verflorbenen Jahre einen erschreckenden Umfang angenommen. Da aber das letzte Jahr statistisch noch nicht erfaßt worden ist, seien Zahlen aus dem Jahre 1930 mitgeteilt. Danach arbeiteten im Bereiche des Verbandes der Metallindustriellen 63 753 Metallarbeiter oder 33 209 = 34,7 vH weniger als 1928. Davon waren jedoch nur etwa 47 000 oder 25 vH vollbeschäftigt, während 1928 noch 84 000 oder 13 vH regelmäßig jede Schicht verfahren konnten. Die Zahl der Hüttenarbeiter betrug 47 058 am Jahresbeginn 1930, am Jahreschluß 40 596, also 6536 weniger. An Feierschichten wurden insgesamt 837 527 eingelegt, also ein Mehr von 493 915 gegenüber 1929. Der Lohnverlust betrug hier über 23 Millionen Zloty. Infolge der zahlreichen Werksstilllegungen und -einschränkungen ist die Zahl der Arbeitslosen in der obererschlesischen Metall- und Bergbauindustrie auf etwa 90 000 gestiegen. Davon befindet sich im „Genuß“ der geringen Arbeitslosenunterstützung kaum ein Viertel. Durch die Stilllegung der Beildon- und der Friedenshütte wurden neuerdings wieder über 7000 Arbeiter brotlos.

Die Löhne des Jahres 1930 betragen je 8 Stunden 13,20 Zloty an den Hochöfen, 12,44 Zloty in Stahlwerken und 13,52 Zloty in Walzwerken. Im September 1931

wurden die Löhne um etwa 18 vH gesenkt. Seitdem stehen sie unter 10 Zloty, was nach deutschem Gelde etwa 4 M ausmacht. Jetzt sollen diese Jammerlöhne nach dem Willen der Unternehmer wieder um 25 vH gesenkt werden. Bald müssen ja die Arbeiter noch Geld mitbringen!

Für einen Lohnabbau ist die Regierung auch jetzt wieder zu haben, aber vor einem Abbau der märchenhaft hohen Gehälter der Gruben- und Hüttenherren hat sie eine heilige Scheu. Beispielsweise sackte der Generaldirektor Lewalski von der verkrachten Friedenshütte monatlich 116 000 Zloty ein. Muß der eine geniale kapitalistische Kanone gewesen sein! Der Generaldirektor der Kattowitzer AG, Williger, begnügte sich mit „nur“ 43 000 Zloty monatlich ohne die sonstige „Krisenunterstützung“. Etwa 30 000 Zloty und übliche Tantiemen bekommt der Generaldirektor der Bismarckhütte, Scherff. Phantastische Gehälter zahlen die Amerikaner der Giesche AG. Selbst die staatlichen Kaligruben in Kalusch zahlen ihren Aufsichtsräten und höheren Betriebsbeamten höchst anständige Gehälter, die sich zwischen 4000 bis 9000 Zloty monatlich bewegen. Die Krakauer Stadtgruben in Jaworzno zahlen ihren Grubendirektoren bis 18 000 Zloty monatlich, verpulverten auch 263 000 Dollar infolge der Pleite der Amsterdamer Amstelbank, ihre streikenden Bergarbeiter dagegen wurden mit blauen Bohnen bedacht und vor Gericht geschleppt. Ganz erhebliche Summen könnten an den luxuriösen Privatbedürfnissen der Herren Direktoren gespart werden. Die Zahl der höheren Betriebsbeamten, die sich trotz geringerer Belegschaft gegenüber der Vorkriegszeit erheblich vermehrt hat, könnte auf das richtige Maß zurückgeschraubt werden. Aber diese Quelle der Sparsamkeit will niemand anbohren. Im Gegenteil: Hoppla, wir leben! So kostete das Abschiedessen zu Ehren des jetzt abgedankten Herrn Williger 8000 Zloty oder 200 Zloty je Nase. Das nennt man „Wirtschaft in Not“. Mindestens 200 Arbeiterfamilien könnten davon eine Woche lang leben.

Nun rüsten die Metallarbeiter gemeinsam mit den Bergleuten zum entschlossenen Kampf, wenn die Gegenseite nicht einlenkt. Wer bis zum 1. Februar die neuen Lohnbedingungen nicht annimmt, hat sich als entlassen zu betrachten. Die Metallarbeiter gehen an die Front unter der Losung: Biegen oder brechen!

Victor Kalinowski.

## Revolte gegen die Bedürftigkeitsprüfung

In England ist für die Arbeitslosen die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt worden. Wer die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung 26 Wochen lang bezogen hat, fällt unter die sogenannte Übergangsunterstützung. Um diese aber zu erhalten, muß sich der Arbeitslose einer Bedürftigkeitsprüfung unterwerfen. Es werden Einkommen aus einem Sparguthaben, Zimmervermietung, Freundesspenden usw. in Rechnung gestellt. Bei der Festsetzung der Übergangsunterstützung wählen die Gemeindebehörden für ganz Einkommenslose oft den vollen Satz der regelmäßigen staatlichen Versicherung, in besonderen individuellen Fällen noch darüber hinaus.

Der englische Arbeiter verabscheut die Bedürftigkeitsprüfung. Es ist ihm einfach unerträglich, vor fremden Menschen seine häuslichen Verhältnisse auszubreiten. Zumal dies ja auch nicht von den reichen Beziehern von staatlichen Unterstützungen und Fettämtern verlangt wird. Aber nicht bloß die Opfer der Bedürftigkeitsprüfung wenden sich gegen diese, sondern auch die Gemeindebehörden. Der Widerstand ist dermaßen stark, daß die Gemeindebehörden keine Personen finden, die an den Ausschüssen für die Prüfung teilnehmen. Der Gemeinderat der Stadt Wigan weigerte sich zuerst, die Prüfung vorzunehmen. Er verlangt von der Regierung, einen Kommissär zu senden, der diese Arbeit macht. Die Stadt Sheffield beschloß gleichfalls, die Prüfung zu unterlassen, bis die Regierung Richtlinien vorgelegt hat. Die Arbeitervertreter in den Gemeinderäten von Newcastle-under-Lyme, Stoke-on-Trent, Oldham und in anderen weigern sich, die Prüfung vorzunehmen. Nebenher geht eine Bewegung der Gewerkschaftskartelle, die sich gegen die Prüfung wendet und eine Unterstützung der Ausgesteuerten ohne jedes nach Armenhaus riechende Verfahren fordert.

## Das Gewirr von Schulden und Forderungen

Für die zwischenstaatlichen Kriegsschulden ist gegenwärtig als Kapitalwert ein Bruttobetrag von rund 54,6 Milliarden Mark anzunehmen. In dieser Summe sind 17 Milliarden Schulden enthalten, die das ehemalige Rußland aufgenommen hat und für die noch keine Rückzahlungsregelung getroffen ist. Vom Rest entfallen rund 33 Milliarden auf die Schulden der reparationsberechtigten Mächte, für die nach Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen ein Nettobetrag von 26,8 Milliarden Mark festzustellen ist. Mit diesem Betrag sind diese Mächte an die Vereinigten Staaten von Amerika verschuldet. Die deutschen Reparationsverpflichtungen haben einen Gegenwert von etwa 39 Milliarden Mark. Deutschlands politische Schuldenlast übertrifft also diejenige der Gruppe der Länder, an welche Deutschland Reparationen zu zahlen hat. — Dieses Zahlengewirr von Schulden und Forderungen steht wie eine dunkle Wolke am politischen Horizont. Wenn sie einmal verschleucht wäre, würde man freier und leichter in die Zukunft blicken können.

## Der Hoover-Gruß

Es gibt zur Zeit keinen durch allgemeine Wahl erkorenen Staatsmann, der so unbeliebt ist wie der Präsident der Vereinigten Staaten. Hoovers Name ist gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Niedergang. Am letzten Jahreswechsel grüßten sich in New York Bekannte, indem sie gegenseitig die leeren Taschen nach auswendig drehten. Das wird der „Hoover-Gruß“ genannt. Ein geflügeltes Wort in Amerika ist jetzt: „Noch zwei solcher Jahre, und Hoover und (der in einem Hemd herumlaufende Indier) Gandhi werden die bestgekleideten Leute in der Welt sein.“ — Eine amerikanische Anekdote wird jetzt in England verbreitet. Nach dem New Statesman, dem wir diese Mitteilungen entnehmen, lautet diese Anekdote:

Präsident Hoover und der Finanzminister Mellon wandern in Washington. Hoover zu Mellon: „Leihe mir einen Groschen, Andy, ich möchte einem Freunde telefonieren.“ — Mellon: „Ich will dir zwei Groschen geben, damit du alle deine Freunde anrufen kannst.“

## Sklavenarbeit

Die durch den Krieg geförderte Umwälzung der Weltwirtschaft findet ihren besten Ausdruck in der Entwicklung des Kapitalismus in Ostasien. Die Krise der europäischen Exportstaaten ist nicht zuletzt dadurch verschimmert worden. Auf dem indischen, japanischen und chinesischen Markt sind europäische und hauptsächlich englische Waren empfindlich zurückgedrängt worden. Dafür entwickeln sich eigene Industrien, oder die Erzeugnisse der Vereinigten Staaten verdrängen die europäischen. Der industrielle Aufstieg Japans steht einzig da. Hand in Hand damit geht die stärkere Handelsverflechtung der fernöstlichen Länder untereinander. Japan ist Mittelpunkt.

Während sich aber die Industrialisierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Australiens, Neuseelands, Kanadas usw. unter sozial günstigeren Bedingungen vollzog und eine Ausweitung der Industrie mit der ständigen Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen einherging, vollzieht sich der Aufstieg des fernöstlichen Kapitalismus auf der Grundlage von Arbeitsverhältnissen, die nach europäischen Begriffen gemessen einfach katastrophal sind. Die Schriften Furtwänglers über Indien und China legen dafür Zeugnis ab. Im Heft 12 der „Europa-Wirtschaft“ behandelt Prof. Hermann Levy dieses Problem sehr gründlich. Er stellt fest, daß das System der Arbeitsverhältnisse in Japan von der Sklaverei wenig entfernt ist. Zum Beispiel werden junge Mädchen im Alter von 13 Jahren vom Lande in die Fabriken verkauft; die Eltern erhalten den Lohn für ein Jahr im voraus, dieser muß abgearbeitet werden; fliehen die Mädchen, so werden sie eingekerkert, wenn nicht, so versucht man sich an den Sachen der Eltern schadlos zu halten, um nicht die Lohnverschüsse zu verlieren. Diese Mädchen sind nach drei Jahren dieser Arbeit und des Hausens in den Schlafstätten der Fabrik für die Fabrikarbeit erledigt und kehren in körperlich verzweifeltem Zustand nach Hause zurück. Ein amtlich englischer Bericht über China besagt: „Es gibt in China eigentlich kein bürgerliches Gesetzbuch, kein statistisches oder Gesundheitsamt, kein wirksames Instrument, durch welches die Arbeiter ihre Sorgen bekanntmachen könnten. Die tatsächliche Kontrolle ist im Augenblick in Händen der provinziellen Militärbehörden, deren Haltung gegenüber einer Gewerkevereinsbewegung von dem Bestreben der Unterdrückung beherrscht wird, soweit sie dieselbe nicht ihren politischen Zielen nutzbar machen können.“

Der riesenhafte Export Japans bedeutet eine Schmutzkonkurrenz, „wenn man als solche auch jenen Wettbewerb auffaßt, der seine Grundlagen in der Unterbietung der durch die allgemeinen zivilisatorischen Fortschritte geschaffenen Lebensbedingungen der Arbeiter findet“. In diesem Kampf zwischen dem fernöstlichen Kapitalismus und den kapitalistischen Mächten der Alten Welt ist nach Levy der Ausgang nur nach zwei Richtungen möglich: Entweder gelingt es, den sozialen Lebensstandard in Ostasien zu erhöhen, oder die Anpassung an die fernöstlichen Verhältnisse geschieht durch Herabsetzung europäischer Arbeitskosten und Arbeitsverhältnisse. Deshalb sei ein Zusammengehen der europäischen Staaten notwendig, um mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Fernen Osten zu veranlassen, die sozialen Verhältnisse zu bessern. In der Tat sind die Gefahren sehr groß, die sich aus der Entwicklung des fernöstlichen Neukapitalismus ergeben. Der Internationale Gewerkschaftsbund und das Internationale Arbeitsamt finden hier eine welthistorische Aufgabe. Der sowieso schon gedrückte Lebensstandard Europas darf durch die Sklaverei in Japan, China und Indien nicht noch mehr verschlechtert werden.

## Die Lebenshaltungskosten

Die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik veröffentlicht jetzt die Lebenshaltungskosten wichtiger Länder. Die Zahlen über einige bringen wir nachstehend:

	Ernährung		Lebenshaltung	
	Juli 1930	Okt. 1931	Juli 1930	Okt. 1931
Deutschland	146	123	149	133
Frankreich	123	116	121	115
Großbritannien	144	97	157	120
Italien	141	116	136	117
Österreich	119	111	112	108

Hieraus ergibt sich, daß die Lebenshaltungskosten in Deutschland am höchsten sind. Auch die Ausgaben für Ernährung haben den höchsten Stand in Deutschland. Über Deutschland liegt die Schweiz und einige skandinavische Länder. Alle übrigen Staaten haben niedrigere Lebenshaltungskosten. Für den Monat Oktober war die Auswirkung der Währungs- und Preisgestaltung der betreffenden Länder noch wenig wirksam. Die obigen Zahlen sind infolge der verschiedenen Berechnungsmethoden nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar. Aber aus der Gegenüberstellung der Zahlen von Juli 1930 bis Oktober 1931 läßt sich immerhin die Preisentwicklung in den einzelnen Ländern gut verfolgen.

Der amtliche deutsche Lebenshaltungskostenindex ist von Januar bis Dezember 1931 von 140,4 auf 130,4 zurückgegangen. Der Rückgang betrug 10 Punkte oder etwas über 7 vH. Rückgängig waren hauptsächlich die Indizes für Ernährung und Bekleidung. Zieht man in Betracht, daß im Jahre 1931 Lohnverminderungen in außergewöhnlichem Ausmaß vorgenommen wurden, die sich nicht nur auf die Tariflöhne, sondern auch auf die Überverdienste erstrecken, so kommt man zu der Überzeugung, daß der Rückgang der Lebenshaltungskosten den Ausfall des Arbeitsverdienstes bei weitem nicht auszugleichen vermochte. Während die Lebenshaltungskosten von Januar bis Dezember um 7 vH zurückgingen, waren die tariflichen Löhne bereits bis Ende Oktober um 7 vH gesunken. Dazu kam nun noch die Verminderung des Arbeitsverdienstes, Herabsetzung der Akkordsätze und Beseitigung der über tariflichen Verdienste. Das Resultat ist eine nicht geringe Verschlechterung des Lebensstandards.

## Industrieauswanderung

Sehr häufig kann man heute beobachten, daß englische Kreise bemüht sind, deutsche und andere Industrieunternehmen nach England zu ziehen. In deutschen Zeitungen fordern englische Städte deutsche Fabrikanten auf, dortselbst eine Fabrik zu bauen oder zu pachten. Von amtlicher englischer Seite werden derartige Bestrebungen unterstützt. In einigen Fällen haben solche Lockungen bereits Erfolg gehabt. Im Berliner Börsen-Courier (Nr. 27) lesen wir hierüber: „Es ist bekannt geworden, daß ein Unternehmer der Offenbacher Lederindustrie bereits einen Vertrag (ein Zweigwerk zu errichten) abgeschlossen hat, und daß auch eine Solinger Stahlwarenfabrik eine solche Auswanderung beabsichtigt. Es soll auch in der elektrotechnischen Industrie kleinere Firmen geben, die sich mit ähnlichen Gedanken tragen. Auch Textilindustrielle zeigten Interesse für solche Pläne.“

Wenn diese Pläne auch vereinzelt sind, so zeigen sie aber, daß hohe Schutzzollmauern die Auswanderung von Industrieunternehmen begünstigen. Man glaubt nicht nur den englischen Markt, sondern auch andere Länder günstiger mit ihren Waren beliefern zu können. Vielleicht verkalkuliert man sich. Dennoch sind solche Bestrebungen beachtlich und zugleich charakteristisch. Die Meinung, daß solche Industrieunternehmen Stammarbeiter, Techniker und Angestellte in großer Zahl mitnehmen, dürfte sich als ein schwerer Irrtum erweisen. Die englische Gesetzgebung gestattet nur eine Aufenthaltsgenehmigung für die Dauer von sechs Monaten. An einer Einwanderung von Arbeitern ist weder England noch einem anderen Lande etwas gelegen.

